

Sozialismus

oder Barbarei

Zeitschrift der Gruppe Internationaler SozialistInnen Nr. 21 1 Euro

Gegen kapitalistische Angriffe und rassistische Spaltung:

Gemeinsam Kämpfen!



Inhalt:

Globale kapitalistische Krise –Organisieren wir den Widerstand + Internationale Klassenkämpfe + Griechenland + Klassenkämpfe in Südafrika + Rassismus in Italien- Die Revolte von Rosarno +ELENA – der elektronische Datennachweis + Reflektion über den britischen Bergarbeiterstreik + IBRP wird zur Internationalistischen Kommunistischen Tendenz + Kommunistische Debatte: Antwort an The Commune + Lehren aus den revolutionären Erfahrungen in Russland + Kirgisien im Zentrum der Rivalitäten zwischen Russland und den USA

Inhalt:	Seite:
Globale kapitalistische Krise: Organisieren wir den Widerstand!	3
Globale Krise –Internationaler Kampf	4
Griechenland und die Dinge die noch auf uns zukommen werden	7
Die Revolte von Rosarno	10
Für die Einheit im Kampf aller Ausgebeuteten	12
ELENA – der „elektronische Datennachweis“	13
Reflektionen über den britischen Bergarbeiterstreik	14
Das IBRP wird zur „Internationalistischen Kommunistischen Tendenz	18
Kommunistische Debatte: Antwort an The Commune	21
Lehren aus den revolutionären Erfahrungen in Russland	24
Kirgisien im Zentrum der Widersprüche zwischen USA und Russland	28

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift ist solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der EmpfängerIn persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Du kannst *Sozialismus oder Barbarei* abonnieren

(12 Euro für 4 Ausgaben, Porto incl./Auslandsabo: 20 Euro)

Kontakt zur GIS: GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin,

e-mail: gis@ibrp.org

www.gis.de.vu

V.i.S.d.P Petra Schneider, Albstr. 17, Steinheim

Wer wir sind:

Die **Gruppe Internationaler SozialistInnen** ist ein marxistischer Diskussions- und Arbeitszusammenhang. Unser Orientierungspunkt ist die Tradition der Kommunistischen Linken, einer Strömung die frühzeitig Nationalismus und Stellvertreterpolitik bekämpft, und die Ideen des revolutionären Marxismus gleichermaßen gegen Stalinismus und Sozialdemokratie verteidigt hat. Als globales System kann der Kapitalismus nur international bekämpft und überwunden werden. Deswegen sind wir Teil der **Internationalistischen Kommunistischen Tendenz (IKT)**, einem internationalen Zusammenschluss linkskommunistischer Gruppen und Organisationen, dessen Ziel es ist durch politische Klärung, Diskussionen und Interventionen einen Beitrag für den Aufbau einer neuen kommunistischen Weltpartei zu leisten. Wir fordern alle jene, die sich mit dieser Perspektive identifizieren können auf, mit uns in Kontakt zur treten und aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

Kontakte zur IKT:

Britannien:

Communist Workers` Organisation
BM CWO, London WC1N 3XX

Italien:

Partito Comunista Internazionale – Battaglia Comunista

CP 1753, 20101, Milano, Italia

Kanada / USA:

Internationalist Workers Group / Groupe Internationaliste Ouvrier

R.S. CP. 173, Succ.C, Montreal, Quebec, Canada H2L 4K1

PO BOX 14173, Madison, WI 53708 – 0173, USA

Frankreich:

Bilan & Perspectives

BP 45, 13266, Marseille, Cedex 08, France

BRD:

Gruppe Internationaler SozialistInnen

GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin

Website der IKT: www.leftcom.org

Unser Blog : www.gis.blogsport.de

Globale kapitalistische Krise: Organisieren wir den Widerstand!

(Statement der Internationalistischen Kommunistischen Tendenz zum 1. Mai 2010)

Eine unlösbare Krise

Es ist drei Jahre her, seit die Sub-Prime-Blase platze und die neoliberalen Illusionen in ein unbegrenztes Wachstum auf der Grundlage spekulativer Finanzspielchen erschütterte.

Die sog. Realwirtschaft, der ursprüngliche Ausgangspunkt der Finanzspekulation wurde von den Bergen überbewerteter Spekulationspapiere wie ein Tsunami überschüttet – und damit die schlimmste Krise in der Geschichte des Kapitalismus ausgelöst. Heute erzählen uns die kapitalistischen Ideologen, dass das Schlimmste vorbei sei. Dass sie damit nicht die Arbeiterklasse und die ärmsten Schichten meinen, ist offenkundig. Nicht einmal die Auspressung von Wert durch die tausendfach gesteigerte Ausbeutung könnte der Profitrate wieder Luft verschaffen, die trotz einiger Auf und Abs seit dreißig Jahren im Fallen begriffen ist. Die internationale Kapitalistenklasse hat auf den Fall der Profitrate mit einem globalen Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse reagiert. Ihr gesteigerter Raubtierinstinkt hat zu Finanzspekulation, unkontrollierbarer Verschuldung und einer Senkung der Löhne unter das Existenzminimum geführt.

In den westlichen Industrieländern sind die Arbeiter mit Kaufkraftverlusten, Lohn- und Einkommens Kürzungen, Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen konfrontiert. Die Verlagerungen ganzer Produktionsanlagen in Länder, in denen die Löhne zwanzigmal niedriger, die Arbeitszeit unbegrenzt und Streiks nahezu verboten sind, haben selbst unter den Hochqualifizierten zu einem weltweiten Unterbietungswettbewerb geführt. Die um sich greifenden prekären Beschäftigungsverhältnisse sind ein wichtiges Instrument um die Arbeiter dazu zu bringen, sich den Profitinteressen der Bosse zu beugen.

Weitere Verarmung der Arbeiterklasse

Gleichwohl reicht all dies nicht aus um die produzierende Ökonomie anzukurbeln bzw. Arbeitsplätze zu schaffen. Das Einzige, was durch die Ströme von Geld, die von den Regierungen in die Banken, Versicherungsgesellschaften und Industrie gepumpt wurden, verstärkt wurde, ist die Finanzspekulation. Nun werden die Arbeiterklasse und die Ärmsten der Gesellschaft aufgefordert Opfer zu bringen, um die Löcher, die die Bankenrettungsprogramme in den Staatshaushalt geschlagen haben, zu stopfen. Griechenland ist hierfür der dramatischste, aber mit Sicherheit nicht der einzige Fall.

Zwischen 2008 und 2009 sind die Arbeitslosenzahlen überall angestiegen, besonders aber in den fortgeschrittenen Industrieländern.

Nach offiziellen Statistiken ist die Zahl der Arbeitenden, die Gefahr laufen „unter die Armutsgrenze zu

fallen“, auf 215 Millionen angestiegen, während weitere 100 Millionen zu den anderthalb Milliarden so genannter „schutzbedürftiger Arbeiter“ gerechnet wurden, d.h. zu jenen, die in absolut prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und deren Löhne oftmals unter dem Existenzminimum liegen.

Daran wird sich nicht viel ändern und auch die wenigen unbedeutenden Beschäftigungsmöglichkeiten werden diesbezüglich keinen Ausschlag geben können. Ob es nun einen ökonomischen Aufschwung gibt oder nicht, die Arbeitslosigkeit wird nicht zurückgehen. Für diejenigen, die nicht auf die Straße gesetzt wurden, bedeutet das zukünftig noch mehr Ausbeutung, noch mehr Arbeit und noch mehr soziale Unsicherheit – die Daumenschrauben werden angezogen.

In Anbetracht all dessen fiel die Reaktion der Arbeiterklasse bisher weitgehend schwächlich aus. Dies erklärt zumindest zum Teil die sporadischen Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung: Durch die Intensivierung der Ausbeutung konnte dem kränkelnden Kapitalismus wieder ein wenig Luft zugefächert werden.

Die bisherigen Reaktionen der Klasse

Sicherlich hat es erwähnenswerte Beispiele von Klassenkämpfen gegeben – allerdings reden wir hier von einzelnen Episoden, in denen es nicht gelungen ist, weitere Sektoren der Klasse zu vereinen. Die bisherigen Kämpfe waren meist auf Firmen- oder branchenspezifische Forderungen mit einer rein ökonomischen Stoßrichtung begrenzt. Da der Staat die schlimmsten Auswirkungen der Krise noch abfedern konnte, wurden die kapitalistischen Mechanismen nicht in Frage gestellt.

Selbst bei den im Vergleich zur normalen gewerkschaftlichen Praxis ungewöhnlichen Aktionsformen (wie z.B. dem „Bossnapping“ und Fabrikbesetzungen) gab es keine radikale Kritik an den Gewerkschaften, die eine wesentliche Rolle dabei spielen, die Bosse in der Umsetzung ihrer Angriffe auf die Arbeiterklasse zu unterstützen, und weiterhin Illusionen bezüglich einer Reformierbarkeit des krisengeschüttelten Kapitalismus schüren.

Die einstigen Zentren des Klassenkampfes, die großen Fabriken, sind besonders in den westlichen Ländern gründlich geschliffen worden. Heute ist die Klasse fragmentiert und hatte nach dem Zusammenbruch des angeblichen „Kommunismus“ in der UdSSR zeitweise ihre eigene Klassenidentität und jede Hoffnungen auf eine Alternative zum Kapitalismus verloren. Rassistische Bewegungen wie die Front National in Frankreich, die Lega Nord in Italien, die BNP in Großbritannien oder die Jobbik-Partei in Ungarn, die die schwächsten Teile der Klasse, die Migranten, für alle Übel der immer pre-

kärer werdenden Lebensbedingungen verantwortlich machen, üben in der Arbeiterklasse einen verhängnisvollen Einfluss aus und tragen somit dazu bei, die sozialen Kontrollmechanismen des Kapitalismus wiederherzustellen.

Selbst wenn Arbeiter die bürgerliche Politik ablehnen und den Wahlurnen fernbleiben, tun sie dies nicht in organisierter Form. Bis jetzt hat die Wahlenthaltung noch keine antikapitalistische Stoßrichtung angenommen.

Der Weg nach vorn

Dennoch gibt es einen Ausweg aus dieser bedrückenden Situation. In Griechenland haben die Arbeiter beispielsweise gezeigt, dass es möglich ist sich gegen die von den Bossen, Regierungen und dem globalen Kapitalismus forcierte Verschlechterung der Lebensbedingungen zu wehren. Die griechischen Arbeiter haben einige elementare aber bemerkenswerte Formen unmittelbaren Widerstandes in Bewegung gesetzt, die selbst von den bürgerlichen Medien nicht verschwiegen werden konnten. Die Arbeiter in allen Ländern können von dem griechischen Beispiel lernen, dass es möglich ist sich gegen die kapitalistischen Angriffe zu wehren, und

die dort gemachten Erfahrungen in ihre eigene lokale Praxis einfließen lassen. Doch wir müssen weitergehende Schritte zur Herstellung der Klasseneinheit unternehmen und verstehen, dass wir eine Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise brauchen. Wir müssen den Kampf von unten aufnehmen, selbstorganisiert und gegen jeden Kompromiss mit dem kapitalistischen System, außerhalb und gegen die Logik der Gewerkschaften, über Firmen- und Branchengrenzen hinweg und auf der Grundlage unabhängiger basisdemokratischer Strukturen.

Die Wiederaufnahme des Klassenkampfes erfordert eine internationale revolutionäre Partei, die sich nicht auf defensive Forderungen beschränkt, sondern über diese hinausgeht und den Kapitalismus radikal in Frage stellt. Dazu ist auch notwendig allen imperialistischen Kriegen unseren revolutionären Defätismus entgegenzusetzen. In den Fabriken oder Büros, am Arbeitsplatz oder im Stadtteil geht es darum, der Arroganz und Barbarei des Kapitalismus zu widerstehen und den Kampf für eine andere, eine bessere Welt aufzunehmen.

Internationalistische Kommunistische Tendenz

Globale Krise – Internationaler Kampf

In der ideologischen Weltsicht der Bourgeoisie tragen habgierige Bankiers die Schuld an der Krise, die unnötige Risiken eingingen und einen Ausgang gewärtigen mussten, der nicht wunschgemäß war. Allerdings spielten die Bankiers eine entscheidende Rolle dabei, die fallende Profitrate – das fundamentale Problem des Kapitalismus – zu kaschieren, indem sie fiktiven Profit schufen, um ihn an die Stelle des echten treten zu lassen. Die Wiederverwertung und Umschichtung [Verschiebung] der Schulden ist zentral bei diesem Vorgang, der stetig gefährdet wird von der realen Welt, die einen Gegensatz bildet und die Fiktion schließlich kompromittiert, wenn Schuldner infolge unzureichender Löhne en masse ausfallen. Diesmal entkam das Gesamtsystem dem Zusammenbruch, und der Kapitalismus benötigt die Bankiers weiterhin bei seinem Spiel. Weshalb zumeist einzelne Bankiers abgestraft wurden und zu sehr entgegenkommenden Bedingungen zurücktreten mussten, aber das Bankwesen als Sektor vor Eingriffen des kapitalistischen Staates verschont blieb. Während der Kapitalismus nachsinnt, wie den Bankiers die Schuld zuzuschreiben sei, ohne sie zu bestrafen, macht sich die Notwendigkeit gelten, „irgendjemanden“ zahlen zu lassen. Und, siehe da, niemand hätte es gedacht: es ist die Arbeiterklasse! Weltweit greifen die Kapitalisten die Arbeiterklasse an, und in einigen Gegenden schlägt die Arbeiterklasse zurück – orchestriert mit einem ohrenbetäubenden Schweigen seitens der internati-

onalen Medien. Hier einige Beispiele, die es nicht in Mainstream-Nachrichten schafften:

Finnland

Ohne dass davon Notiz genommen wurde, begannen am 2. Februar ca. 1000 finnische Hafentarbeiter einen Streik im Anschluss an die gescheiterten Verhandlungen über einen neuen Vertrag. Weitere Dreieinhalbtausend, Gelegenheitsarbeiter eingeschlossen, verweigerten die Überstunden. Der Wildcatstreik beeinträchtigte den Güterverkehr in Helsinki, Turku und Kotka und reduzierte den Warenfluss nach und von Finnland um 50% (70% der Importe und 90% der Exporte sind von einem Hafenstreik betroffen, der Rest wird zu Lande und zu Luft abgewickelt). Er wurde von der Regierung für „illegal“ erklärt. Vorangegangen war der Arbeitskampf einiger Hundert Werftarbeiter bei STX in Turku (einer internationalen Unternehmensgruppe zugehörig, die insgesamt 16000 Arbeiter auf Werften in Norwegen, Frankreich, Rumänien, Finnland, Brasilien und Vietnam beschäftigt), der sich gegen einen Umstrukturierungsplan des Managements richtete, der bereits im November 320 Jobs gekostet hatte und weitere 370 Entlassungen vorsah, geplant war außerdem eine Produktionsauslagerung.

Bangladesch

Ebenfalls am 2. Februar traten mehr als tausend Bergarbeiter der staatseigenen Kohlenmine in Barapukuria in einen unbefristeten Streik mit der Forderung nach Erhöhung ihrer Arbeitsboni. Die Arbeiter hatten im November ihre Forderungen gestellt, ohne dass eine Reaktion erfolgte. Der Streik reduzierte die Förderung um 60%.

Griechenland

Die einzige Stätte von Auseinandersetzungen, über die es eine offizielle Berichterstattung gab, ist Griechenland. In letzter Zeit hat die Krise Griechenland besonders hart getroffen. Und wie andernorts auch ist es dennoch die Arbeiterklasse, die zur Kasse gebeten wird. Die „sozialistische“ Regierung Papandreou, berufen, unter den Gewerkschaften für Mäßigung zu sorgen, stellte klar, dass das „Land“ (d.h. die Chefs) sich keinen Streik leisten könne. Natürlich stellten sich die Gewerkschaften sofort hinter Papandreou, ihre bekannte Rolle spielend in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Als aber die Regierung ihr Sparprogramm ankündigte, das Steuerreformen und die Senkung des durchschnittlichen Rentenalters um zwei Jahre beinhaltete, begannen die griechischen Arbeiter am 9. Februar einen 24-stündigen Generalstreik, der sowohl den öffentlichen, wie den privaten Sektor betraf. Die Flughäfen wurden lahmgelegt, Steuer- und Sozialbehörden blieben zusammen mit den lokalen Regierungsstellen und Krankenhäusern (mit Ausnahme eines Notdienstes) geschlossen. Schulen und Ausgrabungsstätten, Schienen- und Nahverkehr waren betroffen. Zudem haben die Aktionen der Dienstleistungsarbeiter, die am 16. Februar begannen, zu Benzinengpässen in allen griechischen Städten geführt. Es gab einige Proteste, die den Gewerkschaften außer Kontrolle gerieten. In Athen beispielsweise gab es eine straff organisierte Demonstration, die versuchte, die für den Straßenkampf ausgerüstete Polizeilinie zu durchbrechen, indem ein Wagen der Müllabfuhr als Rammbock genutzt wurde.

Algerien

Vor dem Hintergrund einer massiven Inflation unterzeichnete die Gewerkschaftsföderation UGTA eine Übereinkunft mit der Regierung und den Chefs, die nicht nur den Preisanstieg bei Lebensmitteln nicht berücksichtigte, sondern die Lebensarbeitszeit, die zum Bezug von Rentenleistungen berechtigt, um zehn Jahre verlängert. Tausende Arbeiter, beschäftigt in der Schwerfahrzeugproduktion der Industriezone Rouiba, traten am 3. Januar in den Streik und wurden auf ihrem Marsch in das Stadtzentrum Rouibas, einem Teil Algiers, von der Polizei angegriffen und gestoppt.

Die Reaktion der UGTA bestand in stumpfer Ignoranz gegenüber den Arbeiteraktionen und einer

Erklärung, in dem die eigenen Bemühungen, einige der Unternehmen zu retten, gepriesen wurde – dass diese auf Kosten der Arbeiter gingen, wurde selbstverständlich verschwiegen.

Die Arbeiter verurteilten die UGTA-Machenschaften und entschieden, den Streik unbefristet fortzusetzen.

Australien

Australien sieht sich mit bedeutenden Klassenausinandersetzungen konfrontiert. Von den Verwaltungsangestellten in Geelong, den Hüttenarbeitern in Südaustralien bis hin zu den in der Nahrungsmittelindustrie Beschäftigten, Postangestellten, Lehrern und Dozenten in New South Wales – die Arbeiter leisten Widerstand gegen Entlassung, Lohnstopp und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

In Sydney kämpften die Busfahrer gegen die neuen Fahrpläne, die die Chefs im Einverständnis mit den Gewerkschaften einführen wollen; kürzere Fahrzeiten vorschreibend, die nur mit Geschwindigkeitsüberschreitungen eingehalten werden können, stellen diese Pläne eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dar und verschlechtern die Arbeitsbedingungen der Fahrer. Nebenbei verringern sich die Pausenzeiten durch den Abzug der unvermeidlich eintretenden Verspätungen. Die Antwort der Gewerkschaft war Hetze gegen die am Streik beteiligten Arbeiter und die Rückkehr an den Verhandlungstisch, um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Arbeiter taten dies auch, kündigten aber an, den Kampf wieder aufzunehmen, wenn Gewerkschaften und Management nicht von der beabsichtigten „Flexibilisierung“ Abstand nähmen. In der Zwischenzeit hat die Australian Industrial Relations Commission weitere Streiks verboten, und die neuen Gespräche zwischen Management und Gewerkschaft resultierten in demselben Plan – , nur diesmal verbunden mit dem Versprechen, dass die geplanten Abläufe einer Überprüfung unterzogen werden würden, sobald sie statthätten. (Ein durchsichtiges und zynisches Manöver, mit dem die Arbeiter vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen, wenn die Überprüfung zu dem Befund kommt: Alles ok.)

Ebenso kehrten die Arbeiter des Tahmoor-Bergwerks am 19. Februar an ihre Arbeit zurück, nachdem sie einen dreitägigen Streik beendet hatten – wenn auch mit der Absicht, ihn beizeiten wieder aufzunehmen. Xtrata, der Eigentümer des Bergwerks, versucht eine „Flexibilisierung“ durchzusetzen, als Ausgleich eine gestaffelte Lohnerhöhung von 25%-37% über vier Jahre anbietend. Wie auch immer. Nach der Rechnung der Arbeiter resultierte real lediglich eine Steigerung von 5,5%, d.h. eine jährliche Erhöhung um 1,3% – dabei beträgt die Inflationsrate in Australien 2,6% (und offizielle Inflationsraten lassen einen die Auswirkungen auf die Arbeiter stets unterschätzen). In diesem Zusammenhang hat es die Construction Forestry Mining and Energy Union (CFMEU) systematisch unternommen, die Arbeiter durch Abstimmung Grube-bei-

Grube zu spalten und so den Arbeitskampf entscheidend zu schwächen. Als Entschuldigung verwies sie dabei auf die Gesetzgebung der „Labour“-Party, die eine Solidarisierung im Arbeitskampf untersagt. Im Gegenzug für ihren Dienst am Kapitalismus wurde der CFMEU und anderen Gewerkschaften die Belohnung zuteil, eine zentrale Rolle in der Industriepolitik der Regierung zu spielen. Und sie haben diese Rolle genutzt: um in Wesentlichen mit den Chefs darüber übereinzustimmen, was nötig ist, um die Ausbeutung zu steigern.

Um den Arbeitskampf erfolgreich zu führen, müssen die Tahmoor-Arbeiter ihre Isolation überwinden und sich außerhalb und gegen die CFMEU organisieren; sie müssen ihre Isolation von den anderen Gruben durchbrechen (z.B. gibt es ähnliche Probleme unter den Arbeitern des Xtrata-Bergwerks im Hunter Valley, NSW); und schließlich müssen sie sich mit den Arbeitern der anderen Sektoren verbinden.

Türkei

Der türkische Staat unternimmt Anstrengungen, der Arbeiterklasse seine „4C“-Bedingungen aufzuzwingen. Diese Bedingungen ermöglichen es den Unternehmern, die üblichen Löhne, die bereits stark unter ihr früheres Niveau gesunken sind, als ein Maximum zu betrachten, das sie frei sind zu unterschreiten, gerade wie es ihnen passt. Darüber hinaus werden feste Arbeitszeiten abgeschafft und die Arbeiter werden solange arbeiten müssen, wie sie zur Erfüllung der Aufgaben brauchen, die ihnen die Chefs geben – ohne dass es Überstunden gäbe, die bezahlt werden. Desweiteren werden Beschäftigungsverhältnisse zugelassen, in denen eine saisonale Einstellung den Arbeitern die Rechte nimmt, im restlichen Jahr, in dem sie keinen Lohn erhalten, Sozialversicherungsleistungen und medizinische Fürsorge zu beanspruchen. Zur Krönung des Ganzen werden Abfindungen im Entlassungsfall abgeschafft zusammen mit dem Recht, dagegen zu klagen.

Es überrascht nicht, dass der Staat davon abgesehen hat, der ganzen Arbeiterklasse auf einmal diese Reformen aufzuherrschen (der „Reformismus“ sollte langsam wirklich die Schnauze halten, seitdem solche „Reformen“ die einzigen sind, die der Kapitalismus noch zu bieten hat), nein, er beehrte die Tekel-Arbeiter damit, die Ersten zu sein, seiner „Gnade“ teilhaftig zu werden. Am 5. Dezember fragten Tekel-Arbeiter den Premier-Minister und Führer der Partei für Recht und Fortschritt (AKP) Tayyip Erdogan während einer Rede, ob er nicht auch gute Nachrichten für sie habe. Im Wesentlichen beschimpfte er sie daraufhin als Faulenzer und erklärte, dass die Regierung das Einverständnis ihrer Gewerkschaft (der Gewerkschaftsförderung Türk-Is) mit den 4C-Beschäftigungsbedingungen besitze. Obgleich viele der Arbeiter Erdogans Partei gewählt oder gar für sie gearbeitet hatten, wurden sie naturgemäß wütend und zerrissen die Mitgliedsausweise. Aber die Arbeiter gingen noch weiter. In Diskussionen am

Arbeitsplatz beschlossen sie, sich gegen 4-C zu verteidigen.

Ob Türk-Is der Regierung zugestimmt hat oder nicht, er [sie] hatte wenig genug gegen die 4C-Regelungen unternommen, nun aber rief die Gewerkschaftsförderung zu einer Versammlung in Ankara auf, und Tekel-Arbeiter aus dem ganzen Land, aus dem westlichen, mediterranen Gebiet ebenso, wie aus Anatolien und Kurdistan wohnten ihr bei.

Um den Versuch der Polizei zu durchkreuzen, sie entlang ethnischer Grenzen zu spalten, indem sie kurdische Arbeiter gehindert hätten, die Hauptstadt zu betreten, reisten die Tekel-Arbeiter gemeinsam an.

Am 15. Dezember demonstrierten 5000 Menschen vor den Parteibüros der AKP gegen 4-C. Durch Angriffe der Polizei wurden sie am 17. Dezember zerstreut, konnten sich jedoch autonom vor dem Hauptquartier der Türk-Is aufs Neue sammeln. Dieser auf die Gewerkschaft ausgeübte Druck hatte zum Erfolg, dass jeweils zwei Arbeiter aus jeder Stadt, die Tekel-Arbeiter beheimatete, zu den Verhandlungen zwischen Türk-Is, Tek Gida-Is und der Regierung über 4-C zugelassen wurden.

Obwohl die Gewerkschaft erfolgreich darauf bestand, dass das Streikaktionskomitee aufgelöst wurde, gelang es den Arbeitern dennoch die Solidarität eines bedeutenden Teils des Proletariats Ankaras und der Studenten mit proletarischem Hintergrund zu gewinnen, der durch seine materielle Unterstützung die Demonstration vor dem Gewerkschaftsgebäude allererst erlaubte. Bemerkenswerterweise auch beginnen sie Beziehungen zu den Zuckerarbeitern zu entfalten, die als nächste auf der Liste der 4C-Reformen stehen.

Unter dem Druck der Demonstration kündigte Türk-Is eine Serie von Streiks an: beginnend mit einem einstündigen Streik, fortgeführt in der folgenden Woche mit einem zweistündigen Streik, gefolgt von einem vierstündigen Streik in der Woche darauf usw. Als aber der erste Streik eine 30-prozentige Beteiligung erzielte, brach Türk-Is, erschreckt durch die Gefahr einer Ausweitung, die Serie ab und ersetzte sie durch die Idee des Hungerstreiks.

Für eine Weile waren die Tekel-Arbeiter uneins, ob sie der Gewerkschaft folgen und in den Hungerstreik treten oder den Kampf generalisieren sollten – aber schließlich kamen sie überein, den Widerstand auszuweiten. Damit eröffnen sie die Perspektive auf einen Streik, der alle Arbeiter im Kampf gegen die „Reformen“ der Regierung verbände – was einen enormen Schritt hin zum Auftritt der türkischen Sektion der Arbeiterklasse als politischer Faktor bedeutete, beispielhaft für die Arbeiter der ganzen Welt. Während wir in den Druck gehen kampieren 6000 Arbeiter vor dem Türk-Is-Hauptquartier im Zentrum Ankaras, aber Gerüchte sind im Umlauf, dass sie davor stehen, von staatlichen Sicherheitskräften angegriffen zu werden.

Internationaler Kampf ist der einzige Weg

Bislang kann die Bourgeoisie angesichts der geringfügigkeit des Widerstands gegen ihre Pläne, uns zahlen zu lassen, gelassen bleiben. Die Episoden, die wir schildern, bleiben – nur Episoden. Selbst in Griechenland ist die Unterstützung für Streiks überraschend gering. Seine herrschende Klasse darf es begrüßen, dass Meinungsumfragen zeigen, wie die meisten Griechen (53% in der letzten) sich für Sparmaßnahmen bereit finden. Ob Arbeiter in ein oder zwei Jahren noch ebenso befinden, steht auf einem anderen Blatt. Und es wird noch einiges auf uns zukommen – die Krise wird nicht verschwinden. Die Übersicht zeigt, dass die am meisten betroffenen Arbeiter anfangen, auf die Angriffe zu antworten. Indes gewärtigen Arbeiter eines einzelnen Sektors, eines einzelnen Landes einen enormen Druck. Nur, wenn sie sich vereinigen, hinausgehen über ihre Region und ihr Land, können sie den Angriffen

des Systems standhalten. Nur, wenn sie ihre eigenen Organisationsformen – Massenversammlungen, Streikkomitees und Koordinationsgremien – finden und zwar jenseits jedweder staatlichen Vermittlung, werden sie beginnen, etwas für sich selbst zu tun. Nur so werden sie sich bereit finden für den einen gemeinsamen Kampf, nur dann den ersten Schritt machen zum Bewusstsein ihrer selbst als Klasse. Schließlich werden sie erkennen müssen, dass das einzige, was sie unter diesem System zu erwarten haben – ihre fortgesetzte Verelendung ist. Ein verstörender Umstand, der vielleicht den Stachel setzt, ein revolutionäres, ein kommunistisches Bewusstsein zu entwickeln. Dieser Transformationsprozess wird – wenn er denn statthat – sich darstellen und ausdrücken in der permanenten internationalen Organisation. Die daraus hervorgehende Partei der Klasse selbst wird essentiell sein für die revolutionäre Transformation der Gesellschaft.

Griechenland ... und die Dinge die noch auf uns zukommen werden

Auch wenn in den Medien wenig darüber berichtet wird, setzten sich die griechischen Arbeiter gegen die von der griechischen und europäischen herrschenden Klasse geplanten Kürzungsprogramme zu Wehr. Es ist dieselbe herrschende Klasse die der Welt verschwiegen hat, dass das griechische Haushaltsdefizit viermal höher war als öffentlich zugegeben. Möglich wurde dies durch die Anwendung der von „Goldman Sachs“ empfohlenen betrügerischen Buchhaltungstricks. Es ist so eine Situation entstanden mit der voraussichtlich die gesamte weltweite Arbeiterklasse konfrontiert sein wird, die die globalen Bankenrettungsprogramme zahlen soll. In Griechenland haben die Arbeiter jedoch erste Schritte unternommen zurückzuschlagen.

Und es gibt eine Menge wogegen sie sich wehren müssen. Am 3. März beugte sich der „sozialistische“ Premierminister Papandreou dem Druck der EU und kündigte weitere Kürzungsmaßnahmen wie das Einfrieren der Renten (70% der Rentner müssen von weniger als 600 Euro im Monat leben) und die Streichung öffentlicher Ausgaben an. Das angestrebte Kürzungsvolumen beläuft sich auf 6.5 Milliarden Dollar und sieht Folgendes vor:

- Eine zweiprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer, die jetzt bei 19% liegt.
- Eine weitere Erhöhung der Benzinsteuer
- Eine zwanzigprozentige Erhöhung der Alkoholsteuer
- Eine Erhöhung der Tabaksteuer um 6%
- Eine neue Steuer auf Luxusgüter

- Eine Lohnkürzung für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um 12%
- Eine Kürzung der Urlaubszuschläge für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die ungefähr zwei Monatsgehälter umfasst.

Der Widerstand

Anstatt auf Wahlen zu warten die nur eine Bande kapitalistischer Gangster durch eine andere ersetzen würden, sind die griechischen Arbeiter in den Streik getreten und auf die Strassen gegangen. Einen Tag nach der Ankündigungen er Kürzungsmaßnahmen besetzten Arbeiter das Finanzministerium. Es gab im Zeitraum Februar bis März drei Generalstreiks. Allein in Athen beteiligten sich am 11 März 150 000 Menschen an den Demonstrationen. Mit Ausnahme eines Notbetriebes der es den Menschen ermöglichen sollte an den Demonstrationen teilzunehmen gab es weder Flüge, Busse, Fähren oder U-Bahnen. In den Krankenhäusern gab es nur einen Notdienst und alle Sektoren des Öffentlichen Dienstes (selbst Teile der Polizei) schlossen sich dem Streik an. Ähnliche Demonstrationen fanden in ganz Griechenland statt. In Volos wurden die Gewerkschaftsbosse durch Zwischenrufe unterbrochen und gezwungen die Demo zu verlassen. So erging es auch Panagopoulos, dem Chef der Gewerkschaft der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, GSSE, als er im Dezember letzten Jahres auf einer Kundgebung physisch angegriffen wurde

(und von der Präsidentengarde geschützt werden musste). In beiden Fällen hatten die Arbeiter sehr schnell die Versuche der Gewerkschaftsführer durchschaut einen Ausverkauf im Sinne der „sozialistischen“ Papandreou-Regierung vorzubereiten. Der große Generalstreik am 11. März war nicht das Ende der Massenbewegung. Zwei Wochen später traten Rechtsanwälte, Ärzte und Zugführer in den Streik. In Athen kam es zu getrennten Demonstrationen von Gerichtsbeamten, Feuerwehrleuten, Rentnern und Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Ebenso gab es Massenproteste gegen die Kürzungen in anderen griechischen Städten wie Saloniki, Volos, Heraklion und Ioannina.

Klassenkämpfe in Südafrika

Seit den Wahlen im April letzten Jahres wird Südafrika von der heftigsten Welle von Klassenkämpfen erschüttert, die das Land seit dem Machtantritt des ANC vor 15 Jahren erlebt hat. Streiks der Bauarbeiter legten Kraftwerke, den Schienenverkehr und Fußballstadien lahm, die Bergarbeiter stoppten die Produktion von Kohle und Gold und die Streiks der städtischen Beschäftigten (insbesondere Busfahrer und Müllwerker) brachten das Transportwesen und die Müllabfuhr zum Erliegen. Ebenso traten Arbeiter in der Telekommunikationsbranche, Ärzte und sogar Soldaten in den Streik. Gleichzeitig entzündete sich die Wut in den Townships in Riots und Angriffen auf Verwaltungsgebäude die allesamt in der Hand des ANC sind. Die Riots in den Townships sind von einer Qualität wie sie selbst in den schlimmsten Tagen der Apartheid nicht erreicht wurde.

Streiks führen zu Lohnerhöhungen

Die massiven Streiks an denen sich hunderttausend Arbeiter beteiligten und die Aufstände in den Townships haben das ANC-Regime in seinen Grundfesten erschüttert. In der Vergangenheit hat der ANC auf die ihm nahe stehenden Gewerkschaften gesetzt, um den Klassenkampf zu kontrollieren, Streiks zu verhindern oder schnell zu beenden. Gleichwohl haben die Lohnverluste durch die Inflation die derzeit bei 6.9% liegt und die Arbeitslosenquote von 33% zu einer Unzufriedenheit geführt die auch von den Gewerkschaften nur schwer zu beherrschen ist. Diese Klassenkämpfe haben dem ANC einige Probleme bereitet. Sie verursachten eine schwere interne Krise des ANC die im September 2008 zur Absetzung des früheren Anführers Mbeki und einer nicht unbeträchtlichen Spaltung der Organisation führte. Die neue populistische Führung unter Zuma versprach die Missstände zu beseitigen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Zustände in den Townships zu verbessern. Natürlich war sie

Und die Zukunft?

Da ähnliche Kürzungsprogramme in der ganzen Welt in Planung sind, gibt die Situation in Griechenland einen Vorgeschmack auf anstehende Kämpfe. Bis jetzt haben sich die griechischen Arbeiter nur sporadisch unabhängig von den Strukturen des kapitalistischen Staates organisiert. Um die Versuche zurückzuschlagen, uns für die Krise zahlen zu lassen müssen wir eigene alternative Organisationsformen entwickeln, die unter der demokratischen Kontrolle der Arbeiter stehen. Gleichzeitig gilt es zu verstehen, dass dies ein politischer Kampf ist, der solange geführt werden muss wie der Kapitalismus besteht ...

nicht in der Lage diese Versprechen einzuhalten. In der gegenwärtigen Krise in der die Wirtschaft schrumpft und die Arbeitslosigkeit steigt, sind selbst zeitweilige Konzessionen an die Arbeiter nahezu unmöglich. Die Rezession ist die schwerste seit 1992. In den ersten drei Monaten dieses Jahres schrumpfte die Wirtschaft um 6.4%. Zwar versprach Zuma in diesem Jahr 500 000 neue Jobs zu schaffen, in Wirklichkeit gingen jedoch 475 000 Jobs verloren. Das Regime begegnet den Streiks mit großer Vorsicht. In den meisten Fällen wurden die Streiks nach Lohnerhöhungen die nur geringfügig unter den Arbeiterforderungen lagen beigelegt. So wurden den Bauarbeitern, den Bergleuten und den Beschäftigten der Verwaltung 13% Lohnerhöhung zugestanden, also nur 2% weniger als sie ursprünglich gefordert hatten. In ähnlicher Weise wurden andere Streiks nach weitgehenden Zugeständnissen beigelegt. (...) Gleichwohl liegen die Lohnerhöhungen nur geringfügig über der offiziellen Inflationsrate. Sie sind somit zwar reale aber zeitlich sehr begrenzte Errungenschaften. Dennoch zeigt das Eingehen auf die Arbeiterforderungen, dass die südafrikanische Kapitalistenklasse und das ANC-Regime eher auf taktische Rückzüge als auf eine offene Konfrontation mit der Arbeiterklasse setzen.

Riots in den Townships und Polizeirepression

Gegenüber den Aufständen in den Townships hat das Regime jedoch eine härtere Gangart eingeschlagen. Gegen die Protestierenden ging die Polizei mit Panzerwagen, Tränengas und Gummigeschossen und umfangreichen Festnahmen vor. Die Lebensbedingungen in den Townships sind noch schlechter als unter dem Apartheidregime. Das Anwachsen der Bevölkerung und die Inkompetenz und Korruption der ANC-Bürokraten, die die Stellen in der Verwaltung besetzen hat dazu geführt, dass der Wohnungsbau in den letzten 15 Jahren nahezu

zum Erliegen gekommen ist. Millionen Menschen in den Townships haben kein sicheres Dach über dem Kopf, keinen Strom, kein Wasser und keine Kanalisation. Das größte Problem ist die Arbeitslosigkeit. Über ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung ist erwerbslos und 75% dieser Erwerbslosen sind unter 35 Jahre. Die Wut dieser jungen Erwerbslosen kochte über. Verwaltungsgebäude wurden angezündet und lokale Beamte angegriffen. Im Township von Siyathemba z. B. konnte sich ein ANC-Bürgermeister nach einem gescheiterten Beschwichtigungsversuch nur in einem gepanzerten Wagen in Sicherheit bringen, der mit Steinen geradezu eingedeckt wurde. Nach seinem vergeblichen Versuch die Protestierenden zu beruhigen wurde sein Zweitwohnsitz angezündet und niedergebrannt. Die Tatsache dass solch ein Beamter sich einen Zweitwohnsitz leisten kann, während Millionen obdachlos sind, wirft ein Schlaglicht auf die Korruption im ANC-Apparat. Ein Bewohner der Townships von Siyathemba brachte seine Frustration folgendermaßen auf dem Punkt: *„Wir haben die Apartheid-Regierung bekämpft. Aber nun gehen wir ins Nichts. Es gibt keine Strassen, kein Wasser. Alle Jobs werden an die Verwandten von Bürokraten vergeben.“*

Diese Ereignisse zeigen wieder einmal, dass Revolten des erwerbslosen Proletariats immer wieder mit der Gewalt des Staates konfrontiert werden. Die Reaktion und Vorgehensweise der herrschenden Klasse ist nahezu identisch mit dem was unter dem Apartheidregime passierte. Der einzige Unterschied ist der, dass die Repressionskräfte früher weiße Polizisten waren, die mit scharfer Munition schossen, während es nun schwarze Polizisten sind die Tränengas und Gummigeschossen vorgehen.

Auch wenn Zuma die Korruption einiger Beamten zugegeben hat, und um Geduld bat um faule Äpfel aus seinem Apparat aussortieren zu können, was viele glauben und akzeptieren, zeigen die jüngsten Ereignisse die Schwächen des ANC auf, adäquat auf den Klassenkampf zu reagieren. Die Maske eines Verteidigers der Schwarzen gegen die Weißen die er solange getragen hat ist gefallen. Nun zeigt er sein wahres Gesicht: die Fratze eines Verteidigers des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse.

Die wirkliche Rolle des afrikanischen Nationalismus

Der Machtantritt des ANC nach Jahren des Kampfes gegen die „Rassentrennung“ schürte viele Illusionen. Von vielen Linken wurde argumentiert, dass es die Apartheid sei, die die Profite des südafrikanischen Kapitalismus sicher stelle, ihre Beseitigung den Weg zum Sozialismus eröffne und der afrikanische Nationalismus deshalb unterstützt werden müsste. Der ANC selber, der niemals gegen den Kapitalismus gerichtet war, argumentiert, dass alle Probleme des Landes auf die antiquierte „Rassentrennung“ zurückzuführen seien, und nach deren

Beseitigung alles gut wäre. Nach 15 Jahren ANC-Herrschaft und angesichts der gegenwärtigen Streiks und Riots ist die Absurdität dieser Sichtweise offenbar. Wie überall auch wird die Arbeiterklasse in Südafrika ausgebeutet. Die sog. „Rassenfrage“, d.h. die rassistische Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung war ein probates Mittel um die Arbeiterklasse zu spalten und ihre Kämpfe zu schwächen. Durch den Machtantritt des ANC sollten die Arbeiterkämpfe kontrolliert und die Rentabilität des südafrikanischen Kapitalismus wieder hergestellt werden, nachdem die Apartheid ein ökonomisches Desaster hinterlassen hatte. Dies ist dem ANC auch zeitweise gelungen. Seit 1994 sind die Profite angestiegen, gab es ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5% oder sogar mehr. Gleichzeitig wurden Milliarden Dollar an ausländischen Investitionen ins Land geholt. Man muss sich jedoch nur Townships wie Siyathemba anschauen, um zu verstehen auf wessen Kosten dies geschehen konnte. Die ANC-Bürokraten haben ihre neue Macht genutzt um sich als Mitglieder der Bourgeoisie zu etablieren. Sie haben sich von ehemaligen politischen Gefangenen zu Millionären verwandelt, die sich einen Dreck um die Lebensbedingungen der Arbeiter scheren.

Durch den Ausbruch der gegenwärtigen Krise wurden die ideologischen Grundlagen des ANC unterminiert. In den letzten Streiks wie denen von 2004, 2001 und 1999 spielte die Frage der „Rasse“ keine Rolle, wohl aber die der Klasse. Gleichwohl setzen aber noch viele Arbeiter Hoffnungen in den ANC wie die 66 % Wählerstimmen bei den Wahlen im April gezeigt haben. Dies ist eine große Schwäche die überwunden werden muss. Die Wurzel der Probleme des südafrikanischen Proletariats ist die gleiche wie überall auf der Welt – die kapitalistische Produktionsweise.

Die südafrikanische Arbeiterklasse hat unter den Fahnen des afrikanischen Nationalismus gekämpft und viel Blut vergossen um den ANC an die Macht zu bringen. Dies hat viele Mythen und Illusionen gezüchtet, die einen Bruch mit dem ANC erschweren. Dennoch ist der Bruch mit allen Kräften des südafrikanischen Nationalismus und seinen Verbündeten, wie bspw. den Gewerkschaften und der südafrikanischen KP unabdingbar. Dies sind allesamt politische Kräfte die für den Erhalt des kapitalistischen Systems stehen. Ihre Reformprogramme für mehr öffentlicher Ausgaben oder die Nationalisierung bestimmter Sektoren der südafrikanischen Wirtschaft sind allesamt auf Sand gebaut. Es ist eine schlichte Illusion zu glauben den Kapitalismus im Sinne der Arbeiterinteressen reformieren zu können. Die Arbeiterklasse muss für ihre eigenen Interessen eintreten und kämpfen. Nur die internationale Vereinigung dieser Kämpfe eröffnet die Perspektive, die Arbeiterinteressen durchzusetzen und den kapitalistischen Zyklus von Krise und Krieg zu durchbrechen.

Anfang dieses Jahres kam es in Rosarno zu einem Aufstand afrikanischer Arbeiter gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und rassistischen Schikanen. Die Revolte von Rosarno war der Ausgangspunkt einer Mobilisierung für den "Giornata senza immigrati: 24 ore senza di noi", einem landesweiten Migrantenstreik am 1. März. Im Folgenden dokumentieren wir zwei Flugblätter, mit denen unserer italienischen Genossen von Battaglia Comunista in die Bewegung intervenierten.

Solidarität mit den Wanderarbeitern von Rosarno! Gegen die Bosse, Ausschluss und Aussperrungen!

Nach den zweitägigen Auseinandersetzungen in Rosarno (Kalabrien) mussten 66 Menschen im Krankenhaus behandelt werden: 17 Einwohner, 19 Polizisten und 30 Immigranten. Von den letzteren wurden zwei in der Nacht vom 7. auf den 8. Januar mit Eisenstangen schwer verletzt. Ihr Zustand ist weiterhin ernst. Andere Immigranten wurden von Autos angefahren. Dies war die Reaktion auf den plötzlichen Ausbruch von Wut am Vortag nachdem zwei Immigranten aus dem Hinterhalt beschossen und verletzt wurden. Die unbändige Wut der Immigranten, die sich zu Hunderten auf der Hauptstraße der Stadt versammelten, machte vor nichts halt was ihnen im Weg stand und hinterließ eine Schneise ausgebrannter und beschädigter Autos und umgeworfener Mülltonnen. Die Bilder der Proteste nahmen in den Medien viel Raum ein.¹ Dieser Aufstand war faktisch unvermeidlich. Eine Fernsehreportage der BBC² zeigte im Februar letzten Jahres die schrecklichen Lebensbedingungen dieser Klassen-genossen. Wer sie sich ansieht, kann wie der Reporter selbst, kaum glauben, dass die Bilder die Realität nicht in fernen Ländern, sondern im Herzen des „zivilisierten“ Europas zeigen. Diese armen Seelen haben eventuell einige Tage das „Glück“ von den Landbesitzern ausgewählt zu werden, um für einen Lohn von weniger als 20 Euro 12 Stunden in der Kälte harte Arbeit bei der Ernte von Zitrusfrüchten und Gemüse zu leisten. Dies sind Arbeitsbedingungen von Sklaven. Allerdings leben viele Sklaven unter besseren Bedingungen. Im Mai 2008 wurden drei Geschäftsleute festgenommen, weil sie ihre Arbeiter in sklavischer Abhängigkeit gehalten hatten. Marco Rovelli, Autor des Buches „Sklaven“, beschreibt die Lebensbedingungen von Immigranten die im letzten Jahr auf dem Gelände einer alten Papierfabrik leben mussten folgendermaßen: „*Es ist ein Ort, den wohl die besten Bühnenbildner Hollywoods in seiner apokalyptischen Schrecklichkeit wohl kaum nachbauen könnten. Wenn Sie hinein gehen, finden Sie sich zwischen Rauchschwaden und brennenden Feuern wieder. Durch die Hitze schneiden Lichtstrahlen durch die Öffnungen des mit gelber Plastikfolie abgedichteten Daches, wie in einer Kathedrale der Trostlosigkeit. Es ist ein Ödland, das keiner sieht. Es wird auf offenen Feuern gekocht, neben Hütten, die aus Brettern zusammenge nagelt sind, mit Wänden aus Pappe, Kunststoff und Karton und Dächern, die mit Schuhen,*

Stiefeln und Steinen bedeckt sind. Erdhügel, Trümmer, Ziegel ...“

In anderen Unterkünften, die noch bewohnt sind, ist die Situation die gleiche. Es genügte nur ein Funke, um die seit Jahren aufgestaute Wut zur Explosion zu bringen, und dieser Funke hat sich nun unweigerlich entzündet. Die „Aufständischen“, diese Klassen-genossen, haben unsere volle Solidarität. Wir hoffen, dass alle Kollegen und die Proletarier (besonders in Kalabrien) sie durch Blockaden, Flugblattaktionen und Demonstrationen mit allen Kräften unterstützen. Leider ist das Ausmaß der Desorganisation und Entmutigung der Klasse besonders im Süden weit fortgeschritten, so dass wir keine massive Antwort erwarten. Dennoch ist es notwendig die Kollegen zu unterstützen. Sie haben gezeigt, dass es möglich ist gegen die Abscheulichkeiten des Kapitals zu rebellieren. Dies ist die Zeit für Solidarität und konkrete Aktionen! Es ist nicht die Zeit sprachlos und eingeschüchtert zu verweilen!

Dass die Lebensbedingungen des Proletariats im Süden besonders schlimm sind, kann man überall sehen. In einer Region, die einer wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Wüste gleicht, gibt es keine Aussicht auf Besserung. Wir haben dazu vor kurzem etwas geschrieben.³ Die „Verwüstung“ der Produktivität Kalabriens erschwert erheblich die Möglichkeiten effektiver Reaktionen wie z.B. Streiks. Zudem beginnt das Gift des Rassismus, das in den letzten Jahren in großen Dosen injiziert wurde, seine Wirkung zu zeigen. Ein offensichtliches Beispiel dafür ist die Erklärung des Ministers Maroni, der die Immigranten dafür anklagt, sich an den Unruhen beteiligt zu haben. Dies ist ein Paradebeispiel für die Verdrehung der Realität – die miserablen Lebensbedingungen und die Ausbeutung der Arbeiter durch die lokale Bourgeoisie, die in weiten Teilen Kalabriens als „Ndrangheta“ bezeichnet wird. Maroni lässt auch die Tatsache unter den Tisch fallen, dass der Umstand, dass die Immigranten sich alles gefallen lassen müssen und schlechter als in einem Schweinstall leben, auf die von seinem Chef (Bossi) und dem „demokratischen“ Fini erlassenen Gesetze zurückgeht.⁴

Die „Ndrangheta“ selber kann nicht ganz unbeteiligt oder gar gegen die Entscheidung gewesen sein, die Arbeiter an verschiedene andere Orte auch außerhalb der Region zu verfrachten. Mit oder ohne die Zustimmung der Bauern kann die Ernte nun abge-

geschlossen werden.⁵ Es ist eine Form der Aussper-
 rung.⁶ Anonyme Aussagen die sowohl von L'Unità⁷
 als auch dem Kollektivo Onda Rossa von Cinque
 Frondi⁸ veröffentlicht wurden, lassen den Eindruck
 entstehen, dass die Immigranten für einige wichtige
 Personen und ihre Interessen unbequem wurden,
 und sie die etablierten sozialen Hierarchien emp-
 findlich gestört haben. Gut! Es ist absolut an der
 Zeit, dass jemand das tut! Roberto Savaiano, der
 einen klassenübergreifenden und legalistischen
 Weg vorschlägt (der in sich widersprüchlich und
 steril ist), erfasst die Situation dennoch ganz gut,
 wenn er sagt:

*„Die Immigranten haben den Mut gegen die Mafia
 zu kämpfen. Einen Mut, den viele Italiener verloren
 haben. Für sie ist die Bekämpfung von kriminellen
 Organisationen eine Frage von Leben und Tod.
 Was immer man auch über den Aufstand denkt,
 man muss anerkennen, dass sie rebelliert haben,
 und der gesunde Teil der afrikanischen Community
 keine Kompromisse mit der Ndrangheta akzeptiert.
 Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen,
 dass die Afrikaner hier in Italien die Arbeiten erledigen,
 die kein Italiener machen will, und dass sie
 Rechte verteidigen, die kein Italiener verteidigen
 will.“*

Die Verbindung zwischen dem italienischen und den
 immigrierten Proletariat ist die entscheidende Frage.
 Diese Verbindung muss noch weiter ausgebaut
 werden, aber sie ist für die Verteidigung der unmittelbaren
 und historischen Interessen der Arbeiter-
 klasse von größter Wichtigkeit.

Gegenwärtig erleben wir jedoch eine verheerende,
 sadistische und dumme Suche nach Sündenböcken
 und den Rassismus als ein Ventil für eine Situation,
 die hoffnungslos erscheint.

„Der beliebteste Sport der jungen Leute von Rosar-
 no ist die Jagd auf Schwarze. „Schwarz“ steht dabei
 für Afrikaner. Ob die Hautfarbe nun dunkler oder
 heller ist, spielt keine Rolle. Es gibt für das Lynchen
 von Schwarzen bestimmte Techniken. Als erstes
 muss man natürlich in einer Gruppe sein. Dann legt
 man sich an strategisch wichtigen Orten auf die
 Lauer. Orte die die Immigranten auf jeden Fall pas-
 sieren müssen um von einem Ort an den anderen
 zu gelangen“

Diese Zustandsbeschreibung von Rovelli deckt sich
 mit den Zeitungsartikeln von Korrespondenten aus
 der Gegend. Die Parole „sti Niri! Haut ab!“⁹ scheint in
 die Köpfe vieler Leute aus Rosarno geradezu ein-
 gehämmert zu sein. Auch die Tatsache, dass auf
 Immigranten geschossen wird, ist nicht neu. Vor
 einem Jahr gab es einen ähnlichen Fall. Zwei Ju-
 gendliche hatten aus einem Auto auf zwei junge
 Afrikaner geschossen, die von den Feldern heim-

kehrten. Auch damals gab es massive Proteste der
 Wanderarbeiter.

Diese Situation zeigt einmal mehr den dramatischen
 Mangel eines revolutionären Bezugspunktes, einer
 revolutionären Klassenpartei, die in der Lage ist,
 Unmut und Wut in einen generalisierten Klassen-
 kampf gegen das kapitalistische System zu überfüh-
 ren.

Gegenwärtig (und wahrscheinlich für einen längeren
 Zeitraum) bringt das Proletariat Aufbegehren und
 Widerstand gegen die Gesellschaft nur in einzelnen
 Wutausbrüchen zum Ausdruck. Da diese nicht die
 Mehrheit der Arbeiter oder das Proletariat als Gan-
 zes erfassen, werden diese schnell unterdrückt oder
 versickern wie Wasser im Wüstensand. (So hat es
 jedenfalls derzeit den Anschein. Allerdings ist es
 immer schwierig genau einzuschätzen, was unter
 der Oberfläche in Bewegung ist)

Am Morgen des 8. Januar, loderten die Proteste der
 Immigranten wieder auf. Es fand eine große und
 kämpferische Demonstration vor dem Rathaus (wel-
 ches von der Anti-Mafia-Kommission übernommen
 wurde)¹⁰ statt, die explizit die bürgerliche politische
 Herrschaft als Ursache der sozialen Katastrophe
 anprangerte. Dies war eine spontane Initiative, die
 zu begrüßen ist. Allerdings können wir vom bürgerli-
 chen Staat nichts erwarten. Wir müssen anfangen
 politisch als Klasse zu agieren, anstatt weiter als
 Klasse zu leiden. Die Arbeiterklasse hat dazu die
 Stärke, wenn sie zusammensteht und sich vereint.

Kolleginnen und Kollegen! Proletarier Kalabriens!
 Schließt Euch den Protesten der Immigranten an!
 Eine Klasse – Ein Kampf!

Partito Comunista Internazionalista – Battaglia Co-
 munita

1. <http://www.rainews24.it/it/foto-gallery.php?galleryid=136582>
2. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7908910.stm>
3. <http://www.leftcom.org/it/articles/2009-12-15/in-calabria-piove-sul-bagnato>
4. Bossi ist der Führer der rassistischen Lega Nord und Fini der Alleanza Nazionale (der ehemaligen faschistischen Partei), beide sind in der Koalition von Berlusconi's Regierung
5. In Kalabrien kontrolliert die Ndrangheta einen Großteil des Obstanbaus
6. Von den etwa 2000 Immigranten Arbeiter in dem Gebiet zwischen Rosarno und Gioia Tauro, wurden Hunderte von den Behörden in andere Gebiete und Landesteile abgeschoben.
7. <http://www.ilssole24ore.com/art/SoleOnline4/Italia/2010/01/Rosarno-gli-immigrati-se-ne-devono-andare.shtml?uuid=f9191ab0-fc68-11de-a982-fad58e4d6543&DocRulesView=Libero>
8. http://www.unita.it/news/italia/93429/immigrati_presi_a_pallettoni_e_si_scatena_la_rabbia
9. <http://it.peacereporter.net/articolo/19662/Ora+tutto+sar%26agrave%3B+pi%26ugrave%3B+difficile>
10. „sti niri“ bedeutet im kalabrischen Dialekt „Die Schwarzen“
10. Im Jahr 2008 wurde die örtliche Verwaltung von der Regierung wegen Verstrickungen mit der Mafia geschlossen. Sie ist immer noch nicht ersetzt worden. <http://www.ft.com/cms/s/0/c7c8fd9c-fc66-11de-826f-00144feab49a.html>

Für die Einheit im Kampf aller Ausgebeuteten!

**Der Angriff auf die Arbeitsimmigranten ist ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse!
Für eine gemeinsame und geschlossene Antwort ohne ethnische Spaltungen!**

Die Revolte von Rosarno in Kalabrien brachte für einen kurzen Moment die inhumanen Arbeits- und Lebensbedingungen der großen Mehrheit immigrierter Arbeiter ins Rampenlicht der Medien. Weiterhin drückt die Krise des Systems immer weitere Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von ihrer Nationalität, unter die Armutsgrenze. In diesem Zusammenhang hat die Gewalt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen der Ausgebeuteten katastrophale Konsequenzen. Sie werden nach ethnischen Kriterien oder der Hautfarbe gespalten, sind jedoch denselben sozialen Verhältnissen unterworfen: Sie haben keine Kontrolle über die Produktionsmittel, leben in prekären Verhältnissen und werden auf die Straße gesetzt wie ein verbrauchtes und nutzloses Maschinenteil.

Deshalb ist es richtig die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung des migrantischen Proletariats zu denunzieren. Gleichzeitig halten wir es jedoch auch für notwendig, alle Lohnarbeiter, ob nun hier geboren oder eingewandert, aufzufordern sich zu wehren. Auf der anderen Seite müssen wir uns darüber klar sein, dass es auch unter den Immigranten Ausbeuter, Befehlsgeber und kleine Chefs gibt, die genau wie die nationale Bourgeoisie vom Schweiß der Arbeiter leben. Ausbeuter und Ausgebeutete, was auch immer ihre ethnische Herkunft sein möge, haben unterschiedliche und entgegen gesetzte Interessen!

Die Politik der herrschenden Klasse, der Bosse und Politiker aller Institutionen zielen darauf ab, die Spaltungslinien in der Arbeiterklasse zu vertiefen. Es liegt auf der Hand, dass ihre Macht umso gefestigter ist, je mehr wir untereinander gespalten sind. Das kürzlich in Italien eingeführte Punktesystem für die Einwanderung dient ausschließlich dazu, die Unsicherheit und Erpressbarkeit der immigrierten Arbeiter zu erhöhen, und verschlechtert deshalb die Lebensbedingungen aller Arbeiter. Wenn schon heute das Leben der immigrierten Proletarier von den Bossen und ihren Agenten sowie verschiedenen kriminellen Elementen abhängt, die sich darauf verlegt haben, echte oder vermeidliche Arbeitsverträge zu Schwindel erregenden Preisen zu verkaufen, wird sich die Unsicherheit und Prekarität auch morgen unweigerlich weiter erhöhen. Das weit verbreitete Heuern und Feuern von Arbeitskräften verdanken wir den diversen Vereinbarungen zwischen den Bossen, den Gewerkschaften und der Regierung. Die immigrierten Arbeiter leiden darunter am meisten. Für sie sind diese Arbeitsbedingungen mittlerweile zur Norm geworden. Das Ziel des internationalen Kapitals ist es, die Löhne unter den Wert zu drücken, der notwendig ist um zu überleben. Der Orientierungspunkt aller Bosse ist der Lohn der ärmsten und am meisten ausgebeuteten Schichten

des Weltproletariats, was zu einem ständigen Sinken der Löhne aller Sektoren der Lohnarbeiter führt. Dies ist das Ergebnis einer weltweiten Wirtschaftskrise, die die Bosse zwingt die Ausbeutung zu intensivieren um ihre industriellen Profite zu halten und eine monströse Finanzspekulation am Laufen zu halten. Die Krise hat die Spielräume der Bourgeoisie eingeengt. Neben dem bestialischen Anstieg der Ausbeutung der schwächsten Sektoren des Proletariats, d.h. der Immigranten, der Jugendlichen und der Frauen, führt dies zu einer Zunahme inner-imperialistischen Spannungen und Kriege, die uns als humanitäre Interventionen oder als Verteidigung von Zivilisation und Religion verkauft werden sollen. All dies wird durch den Rassismus erleichtert. Dieses Gift nährt die penetranten und widerwärtigen Desinformationskampagnen und hat auch weite Teile des Proletariats, die das wenn auch schwache Bewusstsein einer Klassenidentität verloren haben, oder niemals hatten, erfasst. Die physische und moralische Verrohung des Alltagslebens durch den Rassismus ist typisch für eine Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert. Für das immigrierte Proletariat bedeutet dies schärfere Ausbeutung und Unterdrückung durch die reaktionärsten und verkommensten Sektoren der Bourgeoisie, was jedoch für die Bourgeoisie als Ganzes von großem Nutzen ist. Wir müssen und können den Kampf gegen die Bosse, ihre Regierung und ihre rassistischen, reaktionären und arbeiterfeindlichen Gesetze aufnehmen, da die verschärfte Ausbeutung des immigrierten Proletariats auch verschärfte Ausbeutung für uns alle bedeutet. Nur eine Arbeiterklasse, die sich auf dem Terrain eines wirklichen antikapitalistischen Kampfes vereint, und nicht auf dem der Gewerkschaftsmanöver die immer zur Niederlage führen, kann dies erreichen und alle falschen religiösen, ethnischen und sprachlichen Spaltungslinien überwinden. Nur eine revolutionäre Partei, die international operiert und mit dem Opportunismus und allen Überbleibseln des Stalinismus gebrochen hat, kann einen Weg zur Überwindung dieser widerlichen Gesellschaft aufzeigen.

Nein zu allen Einwanderungsgesetzen der bürgerlichen Regierung!

Nein zu Rassismus und Ausbeutung!

Für die Wiederaufnahme des Klassenkampfes und die internationale Partei des Proletariats!

Immigrierte und italienische Arbeiter: Eine Klasse, ein Kampf!

Battaglia Comunista

ELENA – der „elektronische Entgeltnachweis“

Mit dem Elena-Verfahrensgesetz vom 28. März 2009 wurde vom Gesetzgeber ein Verfahren beschlossen um zukünftige Anträge auf Sozialleistungen zu vereinfachen, zu beschleunigen oder leichter ablehnen zu können. In eigenen Worten wirbt die ELENA-Site unter den Floskeln „weniger Bürokratie – mehr Effizienz“. Das Gesetz sieht vor, dass die Unternehmen seit dem ersten Januar 2010 an die Zentrale Speicherstelle (ZSS) die Entgeltdaten ihrer Beschäftigten verschlüsselt senden, wo sie unter einem Pseudonym abgespeichert werden. Ab 2012 soll das ELENA- Verfahren starten: Für die Bewilligung der Anträge auf Arbeitslosengeld, Wohngeld, Bundeselterngeld etc. sollen die erforderlichen Daten aller Lohnabhängigen unter Einsatz von Signaturkarten derjenigen, die Leistungen beantragen könnten, abgerufen werden können. Vorteilhaft sei dabei vor allem das geringere Arbeitsaufkommen der Unternehmen an papiergebundene Entscheidungen, die dadurch wegfielen. Zurück geht die Idee dieser zentralen Datenspeicherung auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie unter der rotgrünen Regierung. Unter der Bezeichnung JobCard kam der ELENA-Vorgänger auf Vorschlag der Hartz-Kommission und der Forderung der Arbeitgeberverbände zustande. Neben der Agentur für Arbeit beteilig(t)en sich Großunternehmen wie Volkswagen und die Deutsche Lufthansa am ELENA Pilotprojekt, der bisher größten in Angriff genommenen zentralen Datenspeicherung über Lohnabhängige in Deutschland.

Bereits am 07.05.2003 forderte der Bundesbeauftragte für Datenschutz dass, das Job-Card-Verfahren und die mit ihm verbundene Datenspeicherung auf Vorrat datenschutzrechtlich geprüft werden müsse. Das unabhängige Bundeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein erklärte am 25. Juli 2008: „Die millionenfache Sammlung von Arbeitnehmerdaten bei der zentralen Speicherstelle sei unzulässige Datenspeicherung auf Vorrat, da

nicht abzusehen sei, ob die Daten jemals überhaupt benötigt werden.“

Nachdem öffentlich wurde, dass die ZSS über die Beteiligung der Beschäftigten an Streiks jeder Art, Fehlzeiten, Gehaltshöhe, Abmahnungen, etc. sammelt, teilte das Bundesministerium für Arbeit urplötzlich mit, dass Streikzeiten als solche angeblich nicht mehr zu erfassen seien. Der ELENA-Beirat empfahl nun nach Jahren alle zu erhebenden Daten nochmals auf zwingende Notwendigkeit hin zu überprüfen. Als ob die Speicherung so wichtiger Daten nicht weit vorher hätte ausgeschlossen werden müssen. Das Interesse daran lag offenbar nicht vor. Nach wie vor enthält ELENA Freitextfelder in den Formularen für Bemerkungen der Unternehmen zu den Beschäftigten, die vielerlei Spielraum lassen. Gründe für die Kündigung wie Unpünktlichkeit, Nachlässigkeit der Kleidung, Faulheit, religiöse oder politische Agitation, oder seien es kinderbedingte Fehlzeiten Alleinerziehender.

Auf jede Menge wichtigste Daten hat nach jetziger Gesetzeslage zuerst die Bundesagentur für Arbeit Zugriff. Ab 2015 sollen auch Krankenkassen, Studentenwerke, Renten- und Unfallversicherung auf die Daten zurückgreifen können. Und das lässt sich per Gesetz ausdehnen. Der Datenumfang und die Zentralität der Datenspeicherung bieten schon bei „legaler Nutzung“ allen dann darauf zurückgreifenden Institutionen, die Möglichkeit umfassender Kontrolle und Überwachung. Wer einmal als Lohnabhängiger per Datensatz gebrandmarkt wurde, wird es schwer haben aus dem Gestrüpp bürokratischer Regelungen herauszukommen. Wenn man bedenkt in welchen Ausmaß in der Vergangenheit von staatlichen Stellen und Unternehmen – auch „widerrechtlich“ – Daten erfasst und gespeichert wurden, liegt auf der Hand, dass das Projekt ELENA auf dem besten Wege ist, hinlänglich bekannte Überwachungsmethoden bei weitem in den in den Schatten zu stellen. (GAC)

Reflektionen über den britischen Bergarbeiterstreik 1984/85

(Referattext eines Genossen der Communist Workers`Organisation)

Die Krise

Der britische Bergarbeiterstreik war einer der wichtigsten Momente in der Geschichte der Arbeiterklasse – und dies nicht nur in England. Er fand vor dem Hintergrund des Endes des Nachkriegsboom statt, der von vielen Kapitalisten für unerschöpflich gehalten wurde. Das letzte Signal dafür, dass der tendenzielle Fall der Profitrate die Kapitalverwertung erschwerte, war die Aufkündigung des Bretton Woods Abkommens 1971 durch die USA, der eine Aufwertung des Dollars folgte. In Großbritannien war die Krise weiter fortgeschritten. Einige Studien gingen davon aus, dass die Profitrate auf Null zugeht. Die britische herrschende Klasse hatte sich nach 1945 sozialen Frieden erkaufte, indem sie einen Sozialstaat und weitgehende Vollbeschäftigung einführte. Die ging zu Lasten der Modernisierung und der Investition in neue Industrien – dennoch war ein langsamer Rationalisierungsprozess im Gange. Die einzige Industrie die nahezu zusammenbrach, war die Textilindustrie, die der Konkurrenz aus Fernost nicht mehr standhalten konnte. 1970 kam eine neue rechtsgerichtete Regierung ins Amt, die sich dieses Problems annahm. Sie versuchte die Unterstützung früherer Regierungen für schwache Industrien (die sog. lahmen Enten) zu durchbrechen und eine neue Industriepolitik durchzusetzen. Fünf Hafentarbeiter wurden wegen ihres Widerstandes dagegen eingesperrt aber Streiks, Sit Ins und Demonstrationen zwangen die Regierung sie frei zu lassen. Ihre Pläne 75% der Jobs in der Glasgower Schiffbauindustrie abzubauen, trafen auf den Widerstand der Arbeiter und führten zu Besetzungen der Werften. Dies zwang die Regierung weitere Subventionen zu zahlen und die fünf Werften in Clydeside zu erhalten.

Das andere Problem war die Inflation. Die britische Regierung druckte schon Geldnoten um ihre Defizite zu kompensieren, als Die OPEC auf den Verfall ihrer Dollarrevenue reagierte, und einen Anstieg des Ölpreises auf ein ähnliches Niveau wie 1945 forderte. Dies war ein tödlicher Schlag für die britische Produktion und führte zu einem doppelten Anstieg der Inflation. Gleichzeitig verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit auf fast eine Million. 1972 gab das den Bergarbeitern die Möglichkeit ihre Rechnung mit dem britischen Staat zu begleichen.

Der Niedergang der Kohleindustrie und die Bergarbeiterstreiks von 1926, 1972 und 1974

1920 beschäftigte die britische Bergbauindustrie 1.25 Millionen Arbeiter aber zu diesem Zeitpunkt setzte schon der Niedergang dieser Industrie ein. Mit dem Verlust der Märkte in Übersee war Kohle nicht mehr so profitabel wie früher. Die Kohleindust-

rie wurde 1916 verstaatlicht aber 1921 wieder ihren ursprünglichen Besitzern zurückgegeben. Diese versuchten sofort eine Lohnkürzung durchzudrücken. Die Bergarbeiter traten für drei Monate in den Streik und erhielten auch Basisunterstützung von den Hafentarbeitern und Eisenbahnern. Gleichwohl führte die Entscheidung der Führer der Transport- und Eisenbahngewerkschaft vom 15. April 1921 (Schwarzer Freitag) das vor dem Krieg abgeschlossene gewerkschaftliche Abkommen der gegenseitigen Streikunterstützung aufzukündigen dazu, dass die Bergarbeiter alleine kämpften und verloren.

Das Gegenteil passierte vier Jahre später als dieselben Gewerkschaftsführer beschlossen die Bergarbeiter zu unterstützen als Winston Churchill beschloss Britannien wieder an den Goldstandard zu koppeln, was zu massiven Lohnkürzungen durch die Kohlebarone führte. Dieses Mal begann der Streik 1926 und führte zu einem Generalstreik. Die Regierung war vorbereitet und schickte Kriegsschiffe nach Liverpool, die Armee bewachte Lebensmittelkonvois und Horden von Freiwilligen aus der Mittelschicht wurden für Streikbrecherdienste mobilisiert. Es war ein blanker Klassenkrieg und wieder einmal beschlossen die Gewerkschaftsführer sich auf die Seite des britischen Staates zu stellen. Sie kapitulierten nach nur neun Tagen. Die Bergarbeiter kämpften weiter aber es war ein heißer Rekordsommer und es gab wenig Hoffnung. Im November wurden sie wieder zur Arbeit gezwungen. Allerdings nicht alle von ihnen. Einige wurden für ihre Rolle im Streik gemäßregelt während andere nach dem Crash an der Wall Street ihren Job verloren. Die Arbeitsplätze in der Kohleindustrie gingen von 1.25 Millionen auf 700 000 im Jahre 1947 (als die Gruben verstaatlicht wurden) zurück.

Viele Bergleute sahen in der Verstaatlichung die Erfüllung eines Traums. Über jeder Grube hing nun ein Schild mit der Aufschrift „In Volkseigentum“. Die Bergarbeiter dachten dass sie damit gemeint waren, aber es war in Wirklichkeit die britische herrschende Klasse der die Bergwerke nach wie vor gehörten. Diese rief ein „National Coal Board“ ins Leben welches mit einem Programm der Rationalisierung, d.h. der Schließung von Bergwerken begann. 1979 waren bereits 400 000 Arbeitsplätze in der Bergbauindustrie abgebaut worden, so dass lediglich 300 000 Bergleute übrig waren als Thatcher an die Macht kam. Damit ging eine Absenkung des Lohnniveaus in der Bergbauindustrie einher. 1950 standen die Bergleute an der Spitze der Lohnskala aber 1974 waren sie bereits auf den 17. Platz gefallen. Damals forderten die Bergleute eine Lohnerhöhung um 43% während die konservative Regierung es ablehnte über 7% hinaus Zugeständnisse zu machen. 1974 führte die Regierung ihren Wahlkampf unter dem Motto „Wer regiert das Land – die Gewerkschaften

oder das Parlament“ und verlor nur knapp. Die nachfolgende Labor-Regierung gestand den Bergleuten dann Lohnerhöhungen zu. Diese Episode ist aus zweierlei Gründen wichtig: Auf der einen Seite führte dies die Bergleute zu dem Glauben, dass sie aus eigener Kraft den Staat herausfordern und gewinnen könnten, auf der anderen Seite überdachten die konservativen Elemente der britischen Bourgeoisie ihre Strategie für die Zukunft. Die Tories verloren die Wahlen 1974 knapp aber der Kurs auf eine Restrukturierung der Industrie ging weiter. Davon besessen den Haushalt in Ordnung zu bringen wandte sich die Labourregierung 1976 an den IWF. Premierminister Wilson der einst versprochen hatte die britische Wirtschaft durch die „weiße Hitze der Technologie“ zu erneuern, trat zurück da die ihm die vom IWF angeordnete Radikalkur als nicht umsetzungsfähig erschien. Dies brachte Callaghan und Healey an die Macht, die die vom IWF verlangten Kürzungen bereitwillig umsetzten. Der Rückgang des Widerstands der Arbeiterklasse gegen die Krise setzte zu diesem Moment ein (und nicht erst 1979 mit Thatchers Machtantritt) Die Labour-Regierung setzte Truppen ein um den Streik der Feuerwehrleute zu brechen, kürzte im Gesundheits- und Sozialwesen und versuchte in Zeiten hoher Inflation die Löhne einzufrieren. Den sog. „winter of discontent“ (Winter der Unzufriedenheit), den sie damit provozierte, zeigte, dass „Old Labour“ ihren Zenit als nützliches Instrument der britischen herrschenden Klasse überschritten hatte und führte schließlich zu der 18 Jahre andauernden Herrschaft der Tories.

Der Hintergrund des Streiks

Als die Tories im Juni 1979 an die Macht kamen, hatten sie keinen Masterplan zur Lösung der kapitalistischen Krise aber sie hatten aus dem Debakel der Heath-Regierung gelernt. Sie hatten sich insbesondere Gedanken darüber gemacht wie den Bergarbeitern zu begegnen sei. Diese nahmen im sog. Ridley Plan (benannt nach Nicholas Ridley der später Minister in in Thatchers Regierung werden sollte) Gestalt an. Die Grundzüge des Ridley Plans waren kein Geheimnis und wurden bereits im Mai 1978 in der Zeitschrift The Economist veröffentlicht. Ridley und sein Team hatten intensiv darüber nachgedacht wie etwaigen politischen Bedrohungen der Tory-Regierung begegnet werden könnte. Sie kamen zu dem Schluss, dass die entscheidenden Schlachten auf einem von der Tory-Regierung selbst gewählten Terrain geschlagen werden sollten, also in Bereichen wo es die günstigsten Siegesaussichten gäbe, so z.B. bei der Eisenbahn, im Öffentlichen Dienst oder der Stahlindustrie. Die größte Bedrohung sahen Ridley und Co in den Bergarbeitern. Sie schlugen daher vor, im voraus Kohlelager anzulegen, Pläne für einen verstärkten Import von Kohle auszuarbeiten und schnellstmöglich Vorkehrungen zu treffen um Kraftwerke auch mit Öl befeuern zu können. Ferner sollten nicht gewerkschaftlich organisierte Lkw-Fahrer als Streikbrechertruppen ange-

heuert werden und die Polizei verstärkt für den Einsatz gegen Streikpostenkettens trainiert werden. All diese Maßnahmen sollten schließlich zum Einsatz kommen, allerdings nicht ganz genau nach Ridley's ausgearbeitetem Schema. Thatcher hatte die Wahlen 1979 nur knapp gewonnen. Der Sieg der Tories ging in erster Linie darauf zurück, dass die Arbeitslosigkeit unter Labour auf 1.5 Millionen angewachsen war. Gleichwohl stieg diese Zahl unter Thatcher noch an, während die Inflationsrate die Marke von 22 % erreichte. Die Thatcher-Regierung wurde eine der unbelibtesten seit Neville Chamberlain in den 40er Jahren. Dennoch ging die Thatcher-Regierung dazu über Anti-Gewerkschaftsgesetze durchzusetzen die wilde Streiks, Solidaritätsstreik und Massenblockaden unter Strafe stellten. Faktisch wurde dadurch jedoch eher die Kontrolle der Gewerkschaftsführer über ihre Mitglieder verstärkt. In Wirklichkeit waren diese Gesetze gegen die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe als gegen die Gewerkschaften gerichtet. Diese Gesetze boten letztendlich den rechtlichen legalen Rahmen für die Repression gegen den Bergarbeiterstreik.

Der erste Konflikt brach jedoch nicht mit den Bergarbeitern sondern im Herbst 1979 mit den Stahlarbeitern aus, denen eine lächerliche Lohnerhöhung von 2% angeboten worden war (also faktisch eine Lohnkürzung in anbeacht der damaligen Inflationsrate von 20%).

Über dreizehn Wochen lang kämpften die Stahlarbeiter und versuchten durch mobile Streikposten die Auslieferung von Stahl zu verhindern. Sie wurden dabei von den Bergarbeitern unterstützt, die sich aktiv an den Streikposten beteiligten. Weniger Unterstützung erhielten sie freilich von ihrer eigenen Gewerkschaftsführung (der späteren ISTC) um Bill Sirs, die alle Hebel in Bewegung zu setzte, um den Streik im Sinne der Bosse zu beenden. Als schließlich ein Verhandlungsergebnis öffentlich gemacht wurde, dass eine Lohnerhöhung um 16% unter der Bedingung vorsah tausende Arbeitsplätze abzubauen, verbrannten Stahlarbeiter in Sheffield öffentlich ihre Gewerkschaftsausweise.

Die Niederlage der Stahlarbeiter ermutigte die Regierung. Ian Macgregor kam aus den USA um einen Großteil der Stahlindustrie stillzulegen und die Privatisierung voranzutreiben. (150 000 Arbeitsplätze wurden in den nächsten 20 Jahren in der staatlichen und privaten Stahlindustrie vernichtet) 1981 dachte die Thatcher-Regierung dass es an der Zeit sei sich die Bergarbeiter vorzunehmen und kündigte die Schließung von 23 Gruben an. Ausgehend von South Wales provozierte dies eine Welle von Arbeitsniederlegungen in den Gruben die sich schnell im ganzen Land ausbreitete. Die Tories waren noch nicht in der Lage dieser Herausforderung zu begegnen. Nach einer Woche des Zögerns wurden die Grubenschließungen schließlich zurückgenommen. Dieser relativ einfach errungene Sieg führte dazu, dass sich viele Bergarbeiter in falscher Sicherheit wogen und glaubten allein aus eigener Kraft siegen zu können.

Die Dinge änderten sich auch auf der politischen Bühne. Die Unbeliebtheit der Thatcher-Regierung

war auf einem Tiefpunkt als eine diplomatische Panne zum Ausbruch des Falklandkrieges führte. In der Annahme dass ihr die Falklandinseln widerstandslos überlassen werden würde, entschloss sich die argentinische Junta um General Galtieri die Inselgruppe zu besetzen. Das Galtieri-Regime war in einer genauso schweren sozialen und politischen Krise wie Thatcher und erhoffte sich durch einen kriegerischen Akt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die neuen Geländegewinne lenken zu können. Der britische Außenminister trat aufgrund diplomatischer Verstimmungen zurück und es gab in der britischen herrschenden Klasse einige Diskussionen darüber ob die Falklandinseln wirklich einen Krieg wert wären. Thatchers Junta hingegen war jedoch fest entschlossen Galtieri nachzueifern und stellte hastig eine Streitmacht zur Wiedereroberung der Inseln zusammen. Dies war der politische Wendepunkt der 80er Jahre. Der „schnelle siegreiche Krieg“ erlaubte es der herrschenden Klasse den Nationalismus anzuheizen und Englands Großmachtsanspruch zu unterstreichen. Wir schrieben damals über die Folgen des Krieges:

„Das Unvermögen der Arbeiterklasse dem Falklandkrieg substantiellen Widerstand entgegenzusetzen führte zu einer Welle neuen Selbstbewusstseins in den Zirkeln der herrschenden Klasse. Dies schlug sich auch in der bürgerlichen Presse wieder. Bis dahin hatte die Bourgeoisie bezüglich der Bürgerkriegstaktiken der Tories große Zweifel. Nach den Riots arbeitsloser Jugendlicher in vielen britischen Städten wurde Thatcher als schlimmste Premierministerin seit Neville Chamberlain dargestellt. Heute müssen wir feststellen dass es noch nie einer besser vorbereitete Offensive der Bourgeoisie gegeben hat als die derzeit von der Konservativen Partei durchgeführte.“

(Der Bergarbeiterstreik und die Aufgaben der Kommunisten in Revolutionary Perspectives Nr. 22)

Die bürgerliche Presse hatte daran einen gehörigen Anteil. Als gegen Ende des Falklandkrieges ein Streik der Eisenbahner ausbrach erschien die Daily Mail (die sich schon 1938 dagegen aussprach „schmutzigen Juden“ Asyl zu geben) mit der Schlagzeile „Zerschlagt die ASLEF“. Alle Zeitungen druckten das Bild eines heimkehrenden Kriegsschiffes mit einem großen Transparent auf dem stand „Beendet den Eisenbahnerstreik sonst gibt es einen Luftschlag“ (Call off the rail strike or we'll call an air strike“). Eine Welle des Chauvinismus schwappte über Britannien.

Die meisten Vorbereitungsmaßnahmen der herrschenden Klassen waren bereits im Ridley Plan vorgesehen, aber einige gingen noch darüber hinaus. Die Polizei wurde militarisiert und stärker zentralisiert so dass größere Einheiten schnell in jeden Landesteil verlegt werden konnten. Taktiken die in Nordirland gelernt wurden kamen nun zur Anwendung. Viele der mit Kohle befeuerten Kraftwerke wurden nun umgebaut so dass sie zusätzlich auch mit Öl betrieben werden konnten. Den Arbeitern in der Energiebranche und der Polizei wurden kurz vor Ausbruch des Bergarbeiterstreiks saftige Lohnerhöhungen zugestanden. Der Transport von Kohle wur-

de von der „unsicheren Schiene (da Solidaritätsaktionen der Eisenbahnarbeiter befürchtet wurden) auf die Straße verlegt. Scheinselbstständige LKW-Fahrer und nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wurden angeheuert um die Transporte sicher zu stellen. Die einzige Provokation die es nach brauchte bestand darin Ian Macgregor der bereits die Stahlindustrie abgewickelt hatte zum Vorsitzenden von British Coal zu ernennen.

In Anbetracht dieser Vorbereitungsmaßnahmen der herrschenden Klasse begann sich die Situation der Bergarbeiter zusehends zu verschlechtern. Doch wieder einmal ging der Angriff von angeblichen Freunden aus. Tony Benn war der Energieminister in beiden Labourregierungen. In seiner ersten Amtszeit 1964-70 hatte er in Übereinstimmung mit der Führung der NUM bereits 200 Gruben geschlossen. Während seiner zweiten Amtszeit führte er ein Besoldungssystem ein, welches für Bergarbeiter in modernen Gruben hohe Zuschläge vorsah während Arbeiter in weniger modernen Gruben leer ausgehen sollten. Die Bergarbeiter durchschauten diesen Spaltungsversuch und lehnten Benns Vorstoß in einer nationalen Urabstimmung ab. Der Vorsitzende der NUM Joe (später Lord) Gormley führte dieses System aber Bezirk für Bezirk ein und unterminierte so die Einheit der Bergarbeiter. Während des Bergarbeiterstreiks traten die Bergarbeiter Bezirk für Bezirk in den Streik und wurden von der Presse dafür kritisiert dass keine nationale Urabstimmungen gegeben hätte. 1977 fiel dieser „Mangel an Demokratie“ bei Gormley's Vorgehen natürlich keinem auf. Ebenso war Tony Benns Rolle als Minister vergessen als er während des Bergarbeiterstreiks mit Arthur Scargill gemeinsame Veranstaltungen abhielt. Gleichwohl war das Nichtabhalten einer nationalen Urabstimmung ein Propagandageschenk für die bürgerliche Presse. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass dies mit dazu führte die Klassensolidarität zu untergraben. So wurde in den Gruben in Nottingham weitergearbeitet, weil dem Versprechen diese nicht schließen zu wollen, fälschlicherweise Glauben geschenkt wurde. Dadurch wurden die Reihen der Bergarbeiter empfindlich gespalten. Gewerkschaftsführer nutzen dies auch für die Propaganda zur Verteidigung ihrer Interessen. Bill Sirs (Chef der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC) bedankte sich für die Solidarität die die Bergarbeiter den Stahlarbeitern 1979-80 entgegen gebracht hatten indem er jeden Aufruf zu Unterstützungsaktionen mit den Worten ablehnte: „Wir werden uns nicht auf einem fremden Altar opfern“. Wie bereits im Jahr 1926 gewährleisteten die Gewerkschaftsführer die Isolierung der Bergarbeiter.

Der Streik von 1984-5

Die Bergleute machten sich darüber keine Sorgen. Die Art und Weise wie sie die Regierung 1972, 1974 und wieder 1981 herausgefordert hatten, ließ sie in den Glauben dies auch in der Zukunft zu tun. Aber während all dieser früheren Ereignisse war die Arbeiterklasse noch nicht mit einer so massiven Ar-

beitslosigkeit bedroht, die sie nun konfrontierte. Für die Regierung war klar, dass eine Niederlage der Bergarbeiter die Tür zu Restrukturierung und Privatisierung der gesamten britischen Industrie aufstoßen würde. Es gab bescheidene Propagandaversuche revolutionärer Gruppen wie uns, die versuchten vor dieser Gefahr zu warnen. Aber in der Arbeiterklasse wurde die ganze Tragweite noch nicht klar erfasst.

Die Führung der NUM stimmte weiteren Grubenschließungen zu und weitere 50 000 Arbeitsplätze wurden zwischen 1979 und 1984 abgebaut. Die führte zwar zu Spannungen zwischen der NUM - Führung und der Basis aber die NUM war eine sehr föderalistisch strukturierte Gewerkschaft und viele Entscheidungen wurden auch auf unterer Ebene gefällt. Dies war auch einer der Gründe warum der Ausbruch des Streiks die NUM- Führung um Arthur Scargill total überraschte. Die Exekutive der NUM befürchtete dass die Regierung ein Manöver gegen sie versuchte und führte während des Winters 1983-4 eine viermonatige Dienst-Nach-Vorschrift- Kampagne durch. Dadurch konnten die Kohlevorräte zu einem bestimmten Grad reduziert werden. Als jedoch im Januar 1984 die Schließung von 15 weiteren Gruben angekündigt wurde, traten die Bergarbeiter von Cortonwood in einen spontanen wilden Streik. Ihnen schlossen sich bald 6000 weitere Bergleute in anderen Gruben an, was die Bezirksorganisation der NUM in Yorkshire schließlich zwang den Streik zu unterstützen.

Es gibt eine Reihe von Punkten über diesen Streik zu berichten. Als erstes ist zu sagen, dass es eine besonders bittere Episode des Klassenkampfes war. Wir haben schon gesehen wie sich die Bourgeoisie auf die Ereignisse vorbereitet hatte. Als Antwort darauf setzten die Bergarbeiter auf die alt hergebrachten Streikpostenkettens um Streikbrecher abzuhalten. In den Bergarbeitergegenden war das nicht schwierig. Gleichwohl warf die föderalistische Struktur der NUM ein anderes Problem auf. In Nottinghamshire forderten die lokalen Gewerkschaftsführer (die eine lange Tradition der Kooperation mit den Bossen hatten) eine nationale Urabstimmung über den Streik. Dies wurde zu einem großen Thema und die Weigerung der nationalen NUM- Führung um Scargill eine solche Urabstimmung abzuhalten führte zur weiteren Isolierung der Bergarbeiter. Faktisch führte Scargill und die NUM-Führung die gleiche Politik seines rechtsgerichteten Vorgängers Joe Gornley fort, der nachdem er eine nationale Urabstimmung über einen Streikabbruch verloren hatte, jede Bezirksorganisation für sich abstimmen ließ. Auf alle Fälle war dies ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse und die Führer der Bergarbeiter von Nottinghamshire spalteten sich von der NUM ab, um die „Democratic Union of Mineworkers“ zu gründen, die sich dafür aussprach weiterzuarbeiten. Die Gruben in Nottinghamshire waren produktiver und die Regierung versprach den dortigen Bergarbeitern dass sie ihre Jobs behalten würden. Ein falsches Versprechen wie sich später herausstellte (Heute gibt es in Nottinghamshire nur noch drei Bergwerke) Die Bergarbeiter verwendeten viel

Energie darauf die Gruben in Nottinghamshire zu blockieren. Hier fanden die größten Streikpostenkettens und die massivste Gewalt statt. Streikpostens gab es jedoch überall. Wenn man damals zur Arbeit ging kam es einem angesichts der eingestürzten Mauern, ausgebrannten Autos und der Brickets die als Wurfgeschosse benutzt wurden und überall herumlagen, manchmal vor, als wenn man über ein Schlachtfeld gehe. Nicht alle Aktionen waren sonderlich intelligent. Ein Taxifahrer aus Süd Wales wurde getötet als drei Bergarbeiter einen Klotz von einer Autobahnbrücke durch seine Windschutzscheibe warfen. Es ist unnötig zu sagen dass dem Tod des Taxifahrers in den Medien ein Maximum an Aufmerksamkeit gewidmet wurde und die im Verlaufe des Streiks getöteten Streikpostens keine Schlagseite wert waren.

Im Spätsommer 1984 gab es Anzeichen dafür, dass der Widerstand die Regierung ins Wanken brachte. Trotz aller Versuche der Polizei sie auf den Autobahnen zu stoppen war es den mobilen Streikpostens gelungen 14 von 25 Gruben in Nottinhamshire, alle 5 Gruben in Lancashire und 8 von 9 Gruben in Derbyshire zu blockieren. Ich habe mehr als einen Bericht gelesen, dass Premierministerin Thatcher trotz ihrer in der Öffentlichkeit zur Schau getragenen Unnachgiebigkeit in Verhandlungen mit dem Kohleboss Ian MacGregor war, um einen Deal mit der NUM abzuschließen. Der Wendepunkt war zweifellos die Niederlage des Hafentarbeiterstreiks. Dieser begann am 9 Juli und wurde explizit von den Hafentarbeitern ausgelöst die den Bergarbeitern zu Hilfe kommen wollten, nachdem die Regierung und der Oberste Gerichtshof klar gemacht hatte, dass die Bergarbeiter für ihren Streik kriminalisiert und die NUM- Konferenzen illegalisiert werden sollten. Aber weder die NUM noch die TGWU machten keine ernstesten Anstalten koordinierte Aktionen zu organisieren. Die TGWU-Führer stellten immer wieder klar, dass ihre Auseinandersetzung nichts mit den Bergarbeitern zu tun hätte. So ist es nicht überraschend, dass sie den Streik nach wenigen Tagen absagten. Ein zweiter Hafentarbeiterstreik brach im September aus, als den Hafentarbeitern klar wurde, dass sie die nächsten sein würden die auf Sozialhilfe angewiesen sein würden. Aber wieder einmal wurde er von der Gewerkschaftsführung abgebrochen. Ein drohender Streik der NACODS, der Gewerkschaft des technischen Sicherheitspersonals der Bergwerke, war eine ernste Gefahr für die Regierung da er alle Gruben stillgelegt hätte. Dies führte die Regierung dazu über ein Einlenken nachzudenken, aber auch die NACODS-Führung sagte den Streik gegen das leere Versprechen die Grubenschließungen noch einmal zu überdenken ab. Um Weihnachten 1984 befanden sich noch 100 000 Bergarbeiter im Streik. Es wurde aber immer deutlicher, dass die Kombination aus Polizeirepression und gesetzlichen Beschränkungen es immer mehr Streikbrechern erlauben würde zur Arbeit zu kommen. Nach einem Jahr Streik beschlossen die Delegierten der NUM- Konferenz mit 98 zu 91 Stimmen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nach dem Streik

Der Bergarbeiterstreik war eine der bittersten Kapitel des Klassenkampfes in der Geschichte der britischen Arbeiterklasse. Die Niederlage der Bergarbeiter führte zur Niederlage der ganzen Klasse. In den folgenden Jahren hatten die Kapitalisten grünes Licht um die britischen Kapitalismus umzustrukturieren. Millionen gut bezahlter Industriebjobs wurden vernichtet und durch weitaus schlechter bezahlte Jobs im Dienstleistungssektor ersetzt. In den Bergarbeitergebieten setzte eine zunehmende Verelendung ein. Heute sind im Bergbau nur noch 6000 Menschen beschäftigt. Die Jugendarbeitslosigkeit von 70% führt zu wachsenden Drogenproblemen und viele dieser Gebieten gehören zu den ärmsten in der EU.

Der Streik hätte gewonnen werden können aber die Isolation in die sich die Bergarbeiter mit ihrem Slogan „Coal not Dole“ (Kohle keine Almosen) bewegt hatten und die einfach ignorierte dass 3 Millionen andere Arbeiter von Sozialhilfe leben mussten, sowie der Umstand dass die Bergarbeiter selber in jene die Grubenschließungen akzeptieren und jene die kämpfen wollten gespalten waren, stellte einen gemeinsamen Kampf vor große Schwierigkeiten. Die Gewerkschaften behinderten den Kampf zusätzlich, da ihre Funktionäre nur zu bereit waren zu verhandeln. Ursprünglich waren die Streikposten von der Basis organisiert worden und sehr effektiv aber nach zwei bis drei Monaten gelang es den Gewerkschaften wieder die Kontrolle zu übernehmen. Die Effektivität der Streikpostenkette ging zurück weil die Gewerkschaftsfunktionäre im legalen Rahmen verbleiben wollten, aber auch weil das Hauptquartier der NUM abgehört wurde und die Polizei über alle Schritte genauestes Bescheid wusste. Dies erklärt auch warum sie die Blockade der Kokerei von Orgreave aufheben konnten, indem sie

6000 Polizisten aus dem ganzen Land zusammenzogen.

Als wir damals versuchten die Isolationspolitik der Gewerkschaft gegenüber den Bergarbeitern zu kritisieren, haben viele dies nicht verstanden und einige bezeichneten uns sogar als Streikbrecher weil wir ihre Führung kritisierten. Dies unterstreicht nur die ganze Tragödie. Während sie für und um ihre Branche kämpften, kämpfte der britische Staat für viel weitergehende und politischere Ziele. Die Art und Weise wie die alte Arbeiterbewegung (von den Stalinisten über die Labour Linke bis hin zu rechtsgerichteten Gewerkschaftsführern) in der Lage war, den Kampf auf einem ökonomischen Level zu halten, zeigte die Grenzen eines der militantesten Sektoren der Klasse auf. Der Streik setzte die Frage einer Gesellschaft der Arbeiter gegen die kapitalistische Produktionsweise auf die Tagesordnung, diese wurde aber nur von einer kleinen Minderheit artikuliert.

Die Niederlage der Bergarbeiter blieb nicht ohne Spuren. Innerhalb weniger Jahre wurde im restlichen Europa und den USA die Industrielandschaft grundlegend umstrukturiert. Produktionsanlagen wurden in Niedriglohnländer transferiert und durch hohe Summen von Investitionskapital in den kapitalistischen Kernländern finanziert. Das wirkliche Geld wurde nicht mehr vorrangig in der Produktion sondern in der Spekulationsblase gemacht, die als Folge der Deregulierung des Finanzwesens in den 80er- und 90er-Jahren entstand. Weder die Niederschlagung der Bergarbeiter, noch die Inflation als Folge der Spekulationsblase löste die Krise des Kapitals. Sie ist immer noch im Gange. Allerdings muss sich eine sehr viel fragmentiertere Arbeiterklasse umgruppieren und neue Wege des Kampfes gegen die unvermeidlichen Angriffe finden, die der Kapitalismus in den nächsten Jahren fahren wird.

Das IBRP wird zur „Internationalistischen Kommunistischen Tendenz“

Als das Büro 1983-4 gegründet wurde setzten wir uns einige klare Richtlinien die bis zum heutigen Tag Gültigkeit haben:

1.) Wir sind nicht die Partei und schon gar nicht die Vorwegnahme der Partei, sondern eine Organisation, der jene angehören die sich am Kampf für eine zukünftige internationale zentralisierte Partei beteiligen, und gemeinsam für dieses Ziel kämpfen, diskutieren und arbeiten wollen. Wir gingen davon aus dass größere Bewegungen der Arbeiterklasse neue Klassenorganisationen ins Leben rufen würden, die neue Fragestellungen und Themen aufgreifen aber auch unweigerlich vor vielen Konfusionen und Herausforderungen stehen würden. Wir sahen es als unsere Hauptaufgabe die Erfahrungen vergangener Arbeiterkämpfe und deren Aufarbeitung durch die

internationalistische Kommunistische Linke jeder neuen Generation von Arbeitern zu vermitteln die bereit wäre den Klassenkampf aufzunehmen.

2.) Wir wollten niemals Briefkastenfirmen oder bloße Vertriebsstellen schaffen, die lediglich die Orthodoxien der dominantesten und erfahrensten Organisationen nachplappern würden. Wir gingen davon aus dass sich unsere organisatorischen Kerne in den jeweiligen Ländern nur zu wirklichen kommunistischen Organisationen entwickeln könnten, wenn sie in der Lage wären ihre eigene Erfahrungen zu machen und dadurch die Praxis einer zukünftigen Partei zu bereichern.

3.) Wir hatten immer eine Orientierung auf die Arbeiterklasse als Ganzes und nicht auf bestehende politische Gruppen unabhängig davon wie nahe sie uns

auch stehen mögen. Auch wenn wir von Zeit zu Zeit Polemiken mit anderen Gruppen führten, war es nie unser Ziel Gruppen von Intellektuellen und Gebildeten zu vereinigen. Vielmehr ging es uns darum, wirkliche Organisationen aufzubauen die versuchen Wege zu finden in Arbeiterkämpfe zu intervenieren, um die Erfahrungen und das Bewusstsein dieser Kämpfe zu verallgemeinern. Deswegen propagieren wir auch weiterhin die Notwendigkeit von Strukturen der Partei, die sich in der Klasse organisieren wie z.B. Fabrik- oder Betriebsgruppen und von territorialen Gruppen in denen sich Arbeiteraktivisten aus demselben Stadtteil oder derselben Region organisieren.

Wir sind in den 25 Jahren unserer Existenz nicht von diesen grundlegenden Prämissen abgewichen und die Gruppen Frankreich, Kanada, den USA und Deutschland, die sich dem Büro anschlossen, arbeiten in diesem Bezugsrahmen. Wir forderten von Gruppen die sich dem Büro anschließen wollten eine ausgearbeitetes politisches Grundsatzdokument, eine regelmäßige Publikation und gleichermaßen eine kontinuierliche Praxis mit einer klaren Orientierung auf die Arbeiterklasse ein. Dies war unter anderem einer der Gründe, warum wir 2005 den Beitritt der österreichischen GRP (früher GIK) ablehnen mussten.

In dem Text „25 Jahre IBRP – Ergebnisse und Perspektiven“ haben wir die Gründe dafür analysiert warum wir nicht erfolgreicher waren. Der erste und wichtigste Grund dafür war der Umstand, dass revolutionäre Minderheiten zu jeder Zeit auch den konkreten Stand des Bewusstseins der Arbeiterklasse reflektieren. Wir stehen nicht außerhalb der Arbeiterklasse oder der wirklichen Bewegung der Geschichte. Zu Zeit als sich das Büro gründete waren die großen Kämpfe der Klasse (die polnischen Streiks, der spanische Hafendarbeiterstreik und der britische Bergarbeiterstreik) in ihrem jeweiligen Land isoliert, niedergeschlagen oder auf dem Wege der Niederlage. Diese Niederlagen eröffneten den Weg für die kapitalistische Restrukturierung und warfen den Widerstand der Arbeiter um fast eine Generation zurück. Selbst heute angesichts der größten globalen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, wehrt sich die Arbeiterklasse nur gegen unmittelbare direkte Angriffe und die Art und Weise wie die Arbeiter in den zentralen kapitalistischen Ländern Lohnkürzungen, Arbeitszeitverdichtung und Entlassungen hinnehmen, ist bis jetzt ein großer Pluspunkt für die Kapitalisten. Bisher haben die gewaltigen Staatssubventionen (die in der Zukunft durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse finanziert werden) und die gewöhnlichen Mystifikationen der Propagandamaschinen (z. B. die Message von Obama als großen Messias) sowohl einen totalen Zusammenbruch als auch eine konsequente massive Ablehnung des Systems verhindert. Gleichwohl haben diese Maßnahmen den „Tag der Wahrheit“ nur verschoben. Die Krise begann 1971 und konnte in den letzten fast vierzig Jahren nicht gelöst werden. Dies ist in der Geschichte der Menschheit einzigartig. Gleichwohl ist das Büro nie von einer auf dem Wertgesetz basierenden Analyse abgewichen. Wir sind immer

davon ausgegangen, dass die massive Spekulationsblase der letzte fünfzehn Jahre nur die letzte Konsequenz des Scheiterns des Kapitalismus ist, einen neuen Akkumulationszyklus in Gang zu setzen. Wir haben somit die Finanzkrise vorausgesehen, auch wenn ihr Ausbruch länger gedauert hat als wir erwartet haben. Dies kommt uns zugute – aber Recht haben allein ist nicht genug. Es gibt Dinge die sich unserem Einfluss entziehen und wie unsere frühen Genossen der „Comitati di Intesa“ (der linkskommunistischen Opposition in der italienischen KP) bereits 1926 feststellten:

„Es ist falsch zu denken, dass der Einfluss der Partei in jeder Situation durch Notbehelfe und taktische Manöver ausgeweitet werden kann, da das Verhältnis der Partei zu den Massen zu einem großen Teil durch die objektive Situation bestimmt ist“

Was wir dennoch tun können ist auf der Grundlage unserer Analysen zu handeln und die Funktionsweise unserer Organisation zu verbessern. Dies war die Hauptaufgabe des Treffens des Büros im September in Mailand an dem Delegierte aller angeschlossenen Organisationen teilnahmen.

Wir gehen davon aus, dass die Krise nicht nur weitergehen, sondern sich (in der einen oder anderen Weise) noch verschärfen wird. Wir gehen davon aus dass die Arbeiterklasse für die Politik der „wirtschaftlichen Erholung“ die Zeche zahlen wird. Wir gehen davon aus, dass das gegenwärtige Hinnehmen der Kürzungspläne umschlagen, und es zu wachsender Wut und Widerstand kommen wird. Wir gehen davon aus, dass die inner-imperialistischen Rivalitäten zunehmen werden und viele zu unschuldigen Opfern des intensivierten Krieges werden. Unter diesen Umständen müssen Revolutionäre so gut vorbereitet und organisiert sein wie möglich und deshalb hat das Büro bereits im Mai 2008 auf einer Sitzung in Parma beschlossen, weitere Schritte zur Zentralisierung unserer Aktivität zu unternehmen. Dies stellt keinen Bruch mit unseren vorherigen Positionen dar. Unsere Gründungsdokumente sahen schon immer einen Zeitpunkt voraus, an dem die Expansion des Büros eine stärkere Zentralisierung der Aktivitäten erfordern würde. Auf der Sitzung in Parma unternahmen wir erste Schritte in diese Richtung wie das folgende Zitat aus dem Sitzungsdokument von 2008 unterstreicht:

„Das Büro musste immer mit dem Problem umgehen, dass wir einerseits am Formierungsprozess einer politisch zentralisierten Weltpartei der Arbeiterklasse teilnehmen, aber diesen Prozess (um unserer eigenen Existenz willen) nicht frühzeitig abschließen wollten. Wir haben deshalb bis heute gezögert Zentralorgane zu schaffen und stattdessen auf Diskussionen und gegenseitiges Vertrauen gesetzt. Dieses besteht noch immer und hat sich vielmehr noch verstärkt als wir die Lücke die der Tod unseres Genossen Mauro hinterlassen hatte schließen mussten. Gleichwohl ist unsere Arbeitsweise ein wenig schwerfällig wenn wir mit Ereignissen konfrontiert sind, die unmittelbar Stellungnahmen erfordern oder mit Anfragen von Gruppen und Einzelpersonen in der ganzen Welt umgehen müssen. In diesem Sinne kamen wir überein etwas ins Leben

zu rufen, was wir in früheren Dokumenten „als eine Art Sekretariat“ bezeichnet haben. Deswegen (...) beschlossen wir ein Verbindungskomitee zwischen den verschiedenen angeschlossenen Organisationen ins Leben zu rufen. Dieses Verbindungskomitee wird die Aufgabe haben die Korrespondenz und Diskussion mit anderen Gruppen zu führen, Reisen und Delegationen zu organisieren, die Herausgabe internationalen Statements zu koordinieren und nicht zuletzt die internationalen Konferenzen vorzubereiten und zu organisieren.“ Das Verbindungskomitee funktionierte gut, war aber nicht für die gesamte Organisation repräsentativ. Ebenso war das Verhältnis zu assoziierten Einzelgenossen unklar. Die Sitzung des IBRP in Mailand begann mit der Diskussion über die Arbeit des Verbindungskomitees und endete mit der Feststellung, dass eine grundlegende Änderung des Büros notwendig ist, um den Herausforderungen der kommenden Periode gewachsen zu sein. Nach (weitgehend ermutigenden) Berichten über die Arbeit der verschiedenen Sektionen des IBRP wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die in unseren Gründungsdokumenten definierten grundlegenden Bezugsrahmen und Herangehensweisen bleiben unverändert. Wir müssen dennoch zur Kenntnis nehmen, dass das Büro über seine ursprüngliche Mitgliedschaft hinaus gewachsen ist. Angesichts dieser Expansion müssen wir, wie in unseren Gründungsdokumenten vorgesehen, zu einer zentralisierteren Aktivität des Büros übergehen. In Anbetracht dessen haben wir beschlossen, dass das Büro das zentrale Koordinierungsgremium unserer internationalen Organisation wird. Es wird nicht nur das Verbindungsglied der angeschlossenen Sektionen sondern auch von Einzelgenossen in verschiedenen Ländern sein. Es wird für die Durchführung aller Dinge zuständig sein, die für das Funktionieren der gesamten Organisation notwendig sind (Beziehungen mit anderen Gruppen, Korrespondenz, internationale Erklärungen usw.) Um unserer Existenz als vereinigter internationaler Organisation einen klareren Ausdruck zu geben, haben wir beschlossen den Namen der Organisation in Internationalistische Kommunistische Tendenz (mit dem Zusatz „für die revolutionäre Partei“ auf der Website) zu ändern. Dies drückt keine Veränderung in den Beziehungen zwischen unseren Gruppen aus, noch bedeutet es, dass die jeweiligen Gruppen ihre Verantwortung aufgeben, ihre Präsenz in der Arbeiterklasse zu verstärken. Alle Gruppen werden ihre den jeweiligen Bedingungen entsprechenden Arbeitsmethoden und ihren jeweiligen Namen beibehalten. So ist z.B. die CWO immer noch die CWO aber die „britische Sektion der Internationalistischen Kommunistischen Tendenz“. Einzelgenossen sind direkt Mitglieder IKT und im Verantwortungsbereich des Internationalen Büros.

2. Das Verbindungskomitee wird das Internationale Büro (IB).

3. Das IB setzte sich aus Delegierten der jeweiligen Länder zusammen in denen wir Sektionen haben.

Derzeit also Italien, Kanada, Großbritannien und Deutschland.

4. Das neue IB wird unverzüglich eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen haben. Eine erste besteht darin, gemeinsame Statuten für alle Mitglieder, also für Einzelgenossen und die Sektionen ausarbeiten. Diese werden auf demokratisch-zentralistischen Prinzipien basieren.

5. Die zweite besteht in der Herausgabe eines internen Bulletins oder Newsletters.

6. Wir kamen überein, dass die für die Website verantwortlichen Genossen Wege finden müssen um den die Mehrsprachigkeit zu erhöhen und sie im internationalen Maßstab effektiver zu machen. Dies erfordert die Unterstützung und aktive Mithilfe aller Sektionen der IKT.

7. Das IB wurde ferner damit beauftragt eine Reihe von Grundsatzdokumenten zu verfassen, die die Probleme der Klasse im derzeitigen Jahrhundert zeitgemäß ansprechen sollen.

8. Wir hatten eine lange Diskussion über das sog. „Milieu“ oder „proletarische politische Lager“. Wir kamen überein, dass der äußerst ernüchternden Einschätzungen des „Milieus“ zu der wir in den Dokumenten „Towards the New International“ und „The New International will be the International Party“ gekommen sind nicht viel hinzuzufügen ist. Gleichzeitig können wir auch ein wenig stolz darauf sein, dass die Analysen des 5. Kongresses des PCInt (Battaglia Comunista) auch nach 12 Jahren im Großen und Ganzen Gültigkeit haben. Wir haben gezeigt, dass wir theoretisch vorbereitet sind. Trotz Krise sind jedoch noch keine neuen proletarischen Gruppen entstanden. Es gibt daher keinen Grund unsere Einschätzung bezüglich des „proletarischen Milieus“ zu ändern. Deshalb waren wir uns einig, dass es verfrüht wäre in absehbarer Zeit internationale Konferenzen mit anderen kommunistischen Gruppen abzuhalten. Stattdessen muss unser Augenmerk weiterhin auf der Arbeiterklasse als Ganzes liegen. Nur mit dieser Orientierung werden wir in der Lage sein einen Beitrag zur zukünftigen Partei des Proletariats zu leisten.

9. Nach der Lektüre der jüngsten Publikation der österreichischen GPR (früher GIK) mussten wir feststellen, dass es keinen Unterschied zu vorherigen Publikationen gibt, da weiterhin alle verschiedenen linkskommunistischen Traditionen nebeneinander gestellt werden (und Texte der Bordigisten, der IKS aber auch von uns publiziert werden.) Wir beschlossen daher eine klare öffentliche Abgrenzung von der österreichischen Gruppe zu publizieren, da ihr Anspruch Teil des Büros zu sein (eine Forderung die wir vor 4 Jahren ablehnten) offenkundig zu Konfusionen im deutschsprachigen Raum führte.

10. Es wurde beschlossen unsere Namensänderung in einem Kommuniqué bekannt zu geben, dessen Entwurf die erste Aufgabe des IB sein wird.

Kommunistische Debatte: Antwort an „The Commune“

Im Folgenden dokumentieren wir die Antwort unserer britischen Schwesterorganisation Communist Workers Organisation auf einen Diskussionsbeitrag der Gruppe „The Commune“. Wir halten den Text für interessant und wichtig, weil er auf wesentliche Fragen heutiger kommunistischer Aktivität eingeht und grundlegende Positionen unserer Strömung in kurzer prägnanter Form skizziert.

Wir möchten uns für die Antwort von „The Commune“ auf die Kritik an ihrer Gruppe bedanken, die wir in der Ausgabe 50 unserer Zeitschrift *Revolutionary Perspectives* veröffentlicht haben. Wir möchten zuerst einmal genauer klarstellen, wer wir sind. „The Commune“ bezieht sich auf uns als die Internationalistische Kommunistische Tendenz (IKT). Dies ist nur zum Teil richtig. *Revolutionary Perspectives* ist die Zeitschrift der Communist Workers Organisation. Wir sind die britische Sektion der Internationalistischen Kommunistischen Tendenz (früher IBRP) und während wir gemeinsam mit anderen Sektionen der IKT eine praktische und theoretische Arbeit entwickeln, sind wir für unsere Aktivitäten hierzulande selber verantwortlich. Weder die CWO noch die IKT nimmt für sich in Anspruch die revolutionäre Partei zu sein. Allerdings sind wir Teil einer internationalen Tendenz die auf dieses Ziel hinarbeiten will. Die Adresse unserer Website lautet www.leftcom.org (sie kann aber immer noch über die alte Adresse www.ibrp.org aufgerufen werden).

Noch eine historische Anmerkung: Die Ursprünge unserer Tendenz gehen auf den Kampf der Italienischen Linken gegen die Stalinisierung der Dritten Internationale in den 20er Jahren zurück, und nicht auf die Italienische Kommunistische Linke nach dem Zweiten Weltkrieg, wie es von The Commune behauptet wird. (Siehe dazu unserer Broschüre über die *Comitati di Intesa*)

Kommen wir auf die Antwort von „The Commune“ auf unseren Artikel zurück. Wir begrüßen Eure Bereitschaft, die Fragen, die in dieser Kritik aufgeworfen wurden, zu diskutieren. Während wir in vielen Punkten mit Euch übereinstimmen können, haben wir jedoch den Eindruck, dass Eure Antwort in weiten Teilen auf einem Unverständnis unserer Positionen basiert. Wir wollen versuchen in die Debatte einzusteigen, indem wir diese detaillierter erläutern.

Organisation: Partei und Klasse

„The Commune“ räumt ein, dass ihre Ambivalenzen in der Parteifrage auf der Feststellung basieren, dass *„die Bedeutung dieses Begriffs sehr unklar und Gegenstand verschiedenster Interpretationen ist.“* Die offenkundige Komplexität dieses Problems ist jedoch kein triftiger Grund keine klare Position dazu zu haben. Wir können verstehen, dass Ihr vom Konzept einer zentralistischen Partei abgeschreckt seid, wie es von einer ganzen Reihe trotzkistischer Gruppen vertreten wird, die jede für sich behaupten die revolutionäre Partei zu sein, um sich dann über kleinste Differenzen in immer neue Grüppchen zu spalten. Dies hat nichts mit dem zu tun, was wir unter der Partei verstehen oder was wir meinen,

wenn wir für die Notwendigkeit einer zentralisierten Partei argumentieren. Wir begrüßen diese Gelegenheit, um unsere Sichtweise in der Frage der Partei näher zu erläutern. Die CWO sieht die revolutionäre Partei nicht als etwas von der Klasse Losgelöstes an. Sie ist ein notwendiges Werkzeug, das (wie die Sowjets oder Räte) die Arbeiterklasse in die Lage versetzt, den Kapitalismus zu überwinden und eine kommunistische Gesellschaft zu errichten. Die Partei entwickelt nicht den verschärften Klassenkampf, der ein notwendiger Vorläufer jeder revolutionären Situation sein wird. Aber wir halten es für notwendig, dass die Partei bereit und in der Lage ist sich an die Spitze des Kampfes zu stellen. Während sich das Klassenbewusstsein in einer revolutionären oder vorrevolutionären Situation sehr schnell entwickelt, hat die Geschichte gezeigt, dass die Klasse als Ganzes nicht spontan kommunistisches Bewusstsein entwickelt. In einer solchen Situation würden Revolutionäre, deren „Geschäft“ es ist, die Geschichte und die vergangenen Erfahrungen des Klassenkampfes aufzuarbeiten, um eine weitergehende Perspektive zu entwickeln, sich aus der Verantwortung stehlen, wenn sie diese Erfahrung nicht in den Kampf und die revolutionären Organe der Arbeiterklasse, wie den Räten einbringen würden. Wir sind der Meinung, dass ohne derartige Aktionen einer Klassenpartei alle Revolten der Arbeiterklasse in den Grenzen des Kapitalismus stecken bleiben. Wir glauben, dass die effektivste Partei eine zentralisierte Partei ist, was jedoch nicht heißt, dass wir für eine monolithische Partei eintreten. Euer Zitat von der AWL¹ zeigt, dass diese (wie wir) für einen demokratischen Zentralismus eintreten, dies dann aber ad absurdum führen, wenn sie behaupten, dass ein Zentralkomitee das Recht habe *„festzulegen wie die interne und externe Organisation der Debatten und Diskussionen stattfindet“*. Dies ist keine Zentralisierung sondern ein Rezept für eine Diktatur. Die Normen interner Debatten werden durch die Statuten festgelegt, in die sich keine Leitungsgremium und Exekutivkomitee einzumischen hat. (Sie können nur durch eine Vollversammlung oder Kongress aller Mitglieder beschlossen werden.) Unsere Statuten sehen das Recht auf Bildung von Fraktionen und Tendenzen vor. Die Existenz von Fraktionen und ein ausreichendes Maß lokaler Autonomie sind essentielle Merkmale einer demokratisch strukturierten Arbeiterorganisation. Was wir brauchen, ist ein Instrument für das gemeinsame Handeln der Arbeiter der ganzen Welt gegen den globalen Klassenfeind. Isoliert und in kleinen Gruppen können wir leicht herausgegriffen und zerschlagen werden. Vereint und organisiert sind wir in der Lage, die historische Aufgabe anzu-

gehen, deren Dringlichkeit uns täglich durch die Widersprüche des Kapitalismus vor Augen geführt wird. Es ist uns bewusst, dass viele auf dem libertären Flügel des Kommunismus mit der gegenwärtigen Situation vieler kleiner Gruppen ganz glücklich sind. Doch wenn es uns letztendlich nicht gelingt zusammenzukommen, wird der Kapitalismus freie Hand haben...

Natürlich besteht das andere Problem auch in der Angst. Die Entwicklung der bolschewistischen Partei von einer kämpferischen Sozialdemokratie hin zu einem revolutionären Instrument der russischen Arbeiterklasse und dann zu einer Herrscherin in einer neuen staatszentrierten Form kapitalistischer Ausbeutung war ein Tragödie, von der wir uns immer noch erholen müssen. Diese Entwicklung wurde jedoch nicht durch etwaige organisatorische Mängel der Parteiform sondern in erster Linie durch das Unvermögen bestimmt, die Revolution auf andere europäische Länder auszuweiten. Es wäre ein schwerer Fehler aus diesen Entwicklungen die Schlussfolgerung zu ziehen, dass eine internationale Partei nicht nur unnötig sondern gar eine Gefahr sei. Für die Gründer unserer Tendenz war die Kernfrage immer, dass die revolutionäre Partei notwendig ist um die Revolution anzuführen, dass sie jedoch niemals Regierung oder Staatsmacht werden darf (wie die Bolschewiki). Sobald die Kapitalisten von den Arbeitern entmachtet sind, stellt sich die Frage des Aufbaus des Sozialismus/Kommunismus als Aufgabe der ganzen Klasse. Keine Avantgarde, so schlau sie auch sein mag, kann dies tun, da eine neue Gesellschaft eine neue Form der direkteren Beteiligung aller erfordert. (...) Die Aufgabe der revolutionären Partei besteht darin, den Kampf gegen den weltweiten Kapitalismus anzuführen. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist jedoch die Angelegenheit der Klasse als Ganzes.

„Nationale Befreiung“

Es freut uns, dass ihr unsere Kritik an Euch akzeptiert, eine gemeinsame Veranstaltung mit den bürgerlichen Nationalisten der LTTE durchgeführt zu haben. Gleichwohl haben wir wahrscheinlich noch einige Differenzen in dieser Frage. In Eurer Antwort an uns schreibt ihr: *„Wir sagen deshalb nicht, dass nationale Bewegungen einen grundlegend anti-proletarischen Charakter haben.“* Wir tun dies. Dies liegt jedoch nicht in irgendwelchen „ultralinken Dogmen“ begründet sondern darin, dass alle historischen Beispiele immer wieder deutlich gezeigt haben, dass alle nationalen Bewegungen grundlegend anti-proletarisch sind. Der Nationalstaat war und ist der Rahmen in dem die Bourgeoisie den Kapitalismus im nationalen Rahmen entwickelt, eine nationale Kapitalakkumulation in Gang setzt, und ihre nationalen bürgerlichen Interessen im imperialistischen Kontext projiziert. Es gab im 19. Jahrhundert zweifellos taktische Gründe für das Proletariat nationale Bourgeoisien zu unterstützen, namentlich um die Entwicklung des Proletariats als einer Klasse zu befördern. Dies ist jedoch längst Geschichte. Heute stellt das Proletariat eine internationale Klasse dar,

deren Agenda die Errichtung einer kommunistischen Weltgemeinschaft ist. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Kämpfe international und gegen alle nationalen Bourgeoisien geführt werden. Die Geschichte des letzten Jahrhunderts ist voll von Beispielen, die zeigen, dass das Blutvergießen von Sektoren des Proletariats für eine nationale Bourgeoisie immer wieder die ideologischen Waffen hervorgebracht haben, mit denen die siegreiche nationale Bourgeoisie die Unterdrückung und Ausbeutung fortsetzte. Das Beispiel Südafrika ist nur das letzte auf einer sehr langen Liste. Natürlich ist die Unterdrückung von Menschen aufgrund „rassischer“, ethnischer oder nationaler Kriterien ein Ausdruck der Brutalität der Klassengesellschaft, unter der die Arbeiterklasse am meisten zu leiden hat. Aber es gibt keine nationale Lösung für die Befreiung der Arbeiterklasse und wo immer auch Arbeiter nationale Bewegungen unterstützten, führte das immer dazu, dass eine Gruppe von Ausbeutern durch eine andere ersetzt wurde und oft genug wurden die Arbeiter von ihrer eigenen Bourgeoisie hinterher massakriert. Selbst dort, wo es ein nationale Unterdrückung eines ganzen Volkes gibt, wie z.B. im Falle der Palästinenser, ist es offensichtlich, dass die sog. „nationalen Befreiungsbewegungen“ wie Hamas oder Fatah der Arbeiterklasse nichts anbieten haben. Vielmehr arbeiten sie daran die Klassenkämpfe zu unterdrücken. Der einzige Weg vorwärts besteht darin, dass die Arbeiter ihre Kämpfe gegen alle Ausbeuter richten, seien sie nun Israelis oder Palästinenser, und zu versuchen diese Kämpfe über nationale Grenzen hinweg zu vereinheitlichen. Für die CWO ist die Vorstellung, dass nationale Kämpfe einen proletarischen Inhalt haben könnten eine trauriges Erbe der Leninschen Unterstützung des „nationalen Selbstbestimmungsrechtes“, eine Politik die schon 1917 überholt war und in der Welt des 21. Jahrhunderts keine Relevanz mehr hat.

Gewerkschaften

Es freut uns unsere frühere Bemerkung dahin korrigieren zu können, dass ihr nicht der Meinung seid, die Gewerkschaften in revolutionäre Organisationen umwandeln zu können, und so etwas auch nicht behauptet habt. Wir sehen Eure Bereitschaft die Gewerkschaften zu kritisieren, sind aber davon überzeugt, dass sich Eure Position bezüglich der Gewerkschaften nicht wesentlich von den Trotzlisten auf der einen Seite und der Mehrheit der Anarchisten auf der anderen Seite unterscheidet. Eine kritische Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie versteht sich von selbst und erfordert nicht gerade viel Klassenbewusstsein. Eure Position in der Gewerkschaftsfrage ist mit einigen Widersprüchen behaftet. Ihr sagt, dass die Gewerkschaften Arbeiterorganisationen seien, und gleichzeitig sagt ihr, dass diese *„nicht selten gegen die Interessen der Klasse handeln.“* Die Tatsache, dass ihr zwei widersprüchliche Erklärungen abgibt, zeigt den Mangel einer kohärenten Analyse des Charakters der Gewerkschaften. Für „The Commune“ sind die

Gewerkschaften Arbeiterorganisationen, weil sie sich „überwiegend aus Arbeitern zusammensetzen.“ Wenn man dieses Kriterium anlegt, kann man dasselbe über die British National Party oder die Katholische Kirche sagen. Die soziale Zusammensetzung einer Organisation bestimmt nicht ihren Klassencharakter und wie Ihr richtig festgestellt habt, agieren die Gewerkschaften oft (wir würden sagen immer) gegen die Arbeiterinteressen. Ihr sagt, dass „die meisten“ Gewerkschaften Arbeiterorganisationen sind, aber Ihr erklärt nicht, warum einige Arbeiterorganisationen sein sollen und andere wiederum nicht. Für eine richtige Einschätzung der Gewerkschaften ist es unerheblich, ob sie nun linke oder rechte Führer haben oder aus Arbeitern oder Angestellten bestehen. Es geht um die Frage, welche Funktion sie im gegenwärtigen Kapitalismus spielen, und diese besteht darin, die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft unter immer schlechteren Rahmenbedingungen zu verhandeln. Politisch sind die Gewerkschaften in allen fortgeschrittenen Ländern in den Staatsapparat integriert und spielen eine aktive Rolle, um die Arbeiter branchenspezifisch oder nach regionalen Kriterien zu spalten. In Eurem Artikel über den absehbaren Ausverkauf des Postarbeiterstreiks kommt Ihr zu dem Schluss:

„Deshalb sollten sie darauf vorbereitet sein, wenn es notwendig ist wilde Streikaktionen aufzunehmen und zu unterstützen, von Dienststelle zu Dienststelle, von einem Landesteil zum nächsten.“

Die Einschätzung des grundlegend reaktionären Charakters der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Periode bedeutet nicht, dass die CWO die Gewerkschaften einfach ignoriert oder abstrakte Appelle an die Arbeiter startet die Gewerkschaften zu verlassen wenn keine konkrete Alternative da ist. Inwieweit wir in den Gewerkschaften agieren, ist in erster Linie eine taktische Frage. Natürlich dürfen wir nicht Teil der Gewerkschaftsbürokratie werden, aber da wo es Orte gibt, wo Arbeiter zusammenkommen (meistens auf einer regionalen oder nationalen Ebene) sind wir zur Stelle, um so einen direkten Zutritt zu den Arbeiterversammlungen usw. zu haben. Das Hauptaugenmerk unserer Intervention besteht jedoch darin gegenüber den Arbeitern die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfs herauszustellen und die Alternative aufzuzeigen, den Kampf jenseits der gewerkschaftlichen Zwangsjacke zu entwickeln und zu verbreitern. Wir versuchen Arbeiter außerhalb der Gewerkschaften am Arbeitsplatz, in territorialen oder Fabrikgruppen zu organisieren. Gegenwärtig ist dies in Britannien nur eine Bestrebung aber unseren Genossen in Italien ist es gelungen, eine kleine Anzahl solcher Gruppen zu organisieren, die sich aus unseren Mitgliedern und anderen Arbeiteraktivisten zusammensetzen, die die Rolle der Gewerkschaften an ihrem Arbeitsplatz durchschaut haben. Wir tun dies, weil wir der Meinung sind, dass sich eine kommunistische Präsenz in den Kämpfen nicht ausschließlich durch Propaganda und Theorie bewerkstelligen lässt, sondern dadurch, dass Kommunisten in der Praxis einer

weitergehenden Perspektive für die Arbeiterklasse aufzeigen.

Die Linke

„The Commune“ ist der Meinung, dass gemeinsame Aktivitäten mit der bürgerlichen Linken möglich sind wenn dabei die politische Unabhängigkeit und Klarheit nicht geopfert wird.

Wir teilen diese Ansicht nicht. Auch wenn es in diesen Organisationen ehrliche und ernsthafte Aktivisten gibt, dürfen sich Revolutionäre nicht an Aktionen mit Organisationen beteiligen, die den Kapitalismus in welcher Form auch immer verteidigen.

Die SWP² mag die erste trotzkistische Organisation gewesen sein, die den staatskapitalistischen Charakter der Sowjetunion begriffen hat, was sie aber nicht davon abhielt staatskapitalistische Maßnahmen im Westen zu propagieren. Der „Sozialismus“ der SWP und anderer trotzkistischer Gruppen unterscheidet sich nicht im Geringsten vom staatskapitalistischen Programm der Labour-Linken (soweit diese noch existiert), die sie zudem auch noch als „Genossen“ ansehen. Gemeinsame Arbeit mit „der Linken“ ist von daher keinesfalls einer taktischen Frage, Wenn dies so wäre, wären wir bereit dies zu tun. Das eigentliche Problem ist, dass die trotzkistische, stalinistische und sozialdemokratische Linke der Arbeiterklasse blutige Niederlagen zugeführt hat und darüber hinaus kein Verständnis des Kommunismus hat. Natürlich diskutieren wir mit ernsthaften aber fehlgeleiteten Mitgliedern dieser Gruppen als Individuen und versuchen sie von unseren Argumenten zu überzeugen. Aber zu versuchen den Charakter dieser Organisationen zu ändern ist ein aussichtsloses und letztendlich korrumpierendes Unterfangen. Versuche auf einer Veranstaltung dieser „Linken“ kommunistische Argumente vorzubringen und zähle dann die Sekunden bis Dir die Diskussionsleitung das Wort abschneidet. Wenn uns „The Commune“ ein Beispiel einer Organisation der bürgerlichen Linken nennen kann, die sich in eine genuine kommunistische Organisation gewandelt hat, würde uns das außerordentlich interessieren.

Arbeiterselbstverwaltung

In dieser Frage haben wir keine großen Differenzen mit Euch. Wir würden nie das Prinzip der Selbstverwaltung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft als Schritt zum Kommunismus propagieren, auch wenn wir anerkennen, wie Ihr richtigerweise herausgestellt habt, dass selbstverwaltete Betriebe unter bestimmten Bedingungen und lokalen Anforderungen entstehen können. Wir lehnen jedoch die Vorstellung ab, dass unter kapitalistischen Bedingungen Inseln der Selbstverwaltung entstehen können, die einen Schritt zur Überwindung des kapitalistischen Systems darstellen. In den 70er-Jahren war dies eine von vielen Illusionen (Lip, Fisher Bendix etc.), eine Illusion, die von der Labour-Linken gefördert wurde. Der erste Schritt zur Emanzipation besteht in der Zerschlagung des kapitalistischen

Staates – als Vorbedingung für die Emanzipation der Arbeiter.

Zusammenfassung

Uns ist die Ausrichtung von „The Commune“ noch nicht ganz klar, und wir vermuten, dass Ihr selber noch nicht wisst, wohin die Reise gehen soll. Dennoch denken wir, dass dieser Dialog vom gegenseitigen Nutzen ist, und auch anderen hilft ihre Sichtweise auf die Dinge besser zu bestimmen. Mitglieder von „The Commune“ sind natürlich auf unseren

Veranstaltungen willkommen und wir hoffen auf eine weitere ernsthafte Auseinandersetzung, da wir uns schließlich beide mit der heiklen Aufgabe proletarischer Emanzipation herumschlagen.

PBD (CWO)

1. Alliance for Workers' Liberty – eine britische trotzkistische Organisation.
2. Socialist Workers Party – eine trotzkistische Organisation. Das Pendant in der BRD ist „Links'ruck bzw „Marx21“.

Lehren aus den revolutionären Erfahrungen in Russland

(Buchbesprechung: Simon Pirani: The Russian Revolution in Retreat, 1920-24)¹

„In dieser letzten Periode (...) ist das wichtigste Problem des Sozialismus geradezu die brennende Zeitfrage: nicht diese aber jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren die Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt! Das ist das Wesentliche und bleibende der Bolschewiki-Politik. In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und mit der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Russland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Russland gelöst werden, und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem „Bolschewismus“. (Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution)

Nachdem Simon Piranis Buch mittlerweile zu Taschenbuchpreisen erhältlich ist, sind auch wir in der Lage es zu lesen. Und die Lektüre lohnt sich. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Öffnung der Staatsarchive wurden uns immer neuere Enthüllungen über die heimtückischen Taten der Führer der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki), wie sie seit 1918 offiziell hieß, versprochen. Was uns seitdem präsentiert wurde, war jedoch weitgehend banal und nicht sonderlich überraschend, da beispielsweise die Tatsache, dass Lenin während des Bürgerkrieges gegen die Weißen angeordnete Deserteure zu erschießen auch vor 1990 keinesfalls ein Geheimnis war. Für Revolutionäre, die versuchen zu verstehen, wie die Hoffnungen von 1917 so schnell in sich zusammenbrachen, sind die Pionierarbeiten von Historikern, die schwerpunktmäßig der Frage nachgehen, inwieweit (bzw. inwie-

weit nicht) die Revolution von unten ausging, weit-aus aufschlussreicher und interessanter. In dieser Hinsicht taten sich in der Forschung besonders Diane Koenker, Mary McAuley, Ronald Suny, William Rosenberg, Donald Raleigh und Steve Smith hervor. Steve Smith war Piranis Doktorvater und sein Buch „Red Petrograd“ war ebenso wie Alexander Rabinowtchs „The Bolsheviks Come to Power“ eine wichtige Inspirationsquelle für uns als wir unsere Broschüre „1917“ verfassten.² Pirani teilt viele Grundannahmen der Kommunistischen Linken. Auch er ist der Meinung, dass die Oktoberrevolution ein „herausragendes Ereignis“ war, die er von „einem sozialistischen Standpunkt“ aus untersuchen möchte. Er geht dabei der großen und quälenden Frage nach, „warum sich nur innerhalb weniger Monate nach dem Oktoberaufstand die Revolution von dem einst proklamierten Ziel der sozialen Befreiung entfernte“. Genau wie wir versteht er unter Sozialismus (oder Kommunismus – für Marx waren diese Begriffe gleichbedeutend) eine „Bewegung zu einer Gesellschaft, die entfremdete Arbeit, Privateigentum und den Staat aufhebt“. Wir stimmen auch mit Piranis Einschätzung überein, dass „das Frühjahr 1921 ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des Sowjetstaates“ war. Genau diesen Punkt hatten wir schon in unserem Text „Kronstadt 1921: Beginn der Konterrevolution“ herausgearbeitet. Der Aufstand von Kronstadt findet bei Pirani allerdings wenig Erwähnung, da er sich vorrangig auf Moskau und die Streikwelle in den Fabriken konzentriert, die Kronstadt vorausging. Pirani arbeitete präzise heraus, wie der revolutionäre Prozess nach 1921 abebbte. Er widerlegt die Argumente rechter Historiker (Pipes und Figes) und einiger Anarchisten, die behaupten dass eine sog. „dritte Revolution“ im Frühjahr 1921 eine reale Option war. Gleichzeitig kommt er jedoch zu folgender Feststellung:

„Der 10. Parteikongress, der in der ersten Märzwoche während der Niederschlagung der Kornstädter

Revolte stattfand, beschloss die Getreiderequirierungen durch eine Naturalsteuer zu ersetzen. Er führte auch zum Fraktionsverbot in der Partei und bestärkte die weitere Zentralisierung des Apparats. Dies, zusammen mit der Unterdrückung von Kronstadt und der Invasion in Georgien, bestärkte den autoritären, apparatzentrierten Kurs, den der Sowjetstaat einnahm.“

Dem können wir nur hinzufügen, dass die (drei Monate später) von der Dritten Internationale beschlossene Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie einen enormen Rückschritt auf internationaler Ebene darstellte. Dies war die faktische Aufgabe der Perspektive der Weltrevolution. Da der Oktoberaufstand auf der Prämisse der Weltrevolution basierte, war dies nicht nur eine theoretische Frage. Der Hauptgrund für das Scheitern der Revolution lag in ihrer Isolation. Niemand in der revolutionären Bewegung, von Lenin bis Luxemburg (das einleitende Zitat unterstreicht dies) glaubte ernsthaft daran, dass der Aufbau des Sozialismus im isolierten Russland möglich sei. Pirani führt diesen Punkt kaum aus (auch wenn er sich darüber im Klaren ist). Der Schwerpunkt seiner Darstellung liegt weniger auf der Fragestellung „*warum*“ die Revolution gescheitert ist, sondern „*wie*“ sie scheiterte. Diesbezüglich leistet er viel. Für Revolutionäre stellt die russische Erfahrung bei ihrer ganzen unwiederholbaren Einzigartigkeit eine der wenigen Gelegenheiten dar zu untersuchen, wie Arbeitermacht funktionieren (oder vielmehr nicht funktionieren) kann. Seine Darstellung ist sehr schlüssig. Pirani unterstreicht anschaulich dass die „Russische Kommunistische Partei /Bolschewiki“ (RKP/B) oder die Bolschewiki wie sie Pirani fortlaufend bezeichnet, da sie von den Arbeitern weiterhin so genannt wurden, am Ende des Bürgerkrieges vor der Wahl standen: Einerseits die proletarische Selbstaktivität wiederbeleben oder als Partei fortlaufend mit dem Staatsapparat zu verschmelzen. Sie entscheiden sich für Letzteres. Ausgehend vom 10. Parteikongress stellt er dar, wie sich innerhalb der Partei der Ton gegen Dissidenten verschärfte. Bucharin (der 1918 selber Dissident war), argumentierte für „*eine geschlossene Partei, mit einer Psychologie und einer Ideologie.*“ Wie Trotzki ein Jahr zuvor forderte er stärkere „*Zentralisierung und Militarisierung*“, was eindeutig gegen die linkskommunistischen Oppositionsgruppen wie die „Arbeiteropposition“ und die „Demokratischen Zentralisten“ abzielte.

Pirani wendet sich dann der wirtschaftlichen Erholung während der NEP zu, die das politische Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Russischen Kommunistischen Partei grundlegend änderte: „*Es entstand ein neuer Gesellschaftsvertrag unter dem die Arbeiter die Arbeitsdisziplin beibehalten, die Arbeitsproduktivität steigern und jede Entscheidungsmacht an die Partei abgeben mussten, die im Gegenzug eine kontinuierliche Verbesserung des Lebensstandards versprach. (...) Das Bestreben von 1917 nach kollektiver demokratischer Beteiligung wurde aufgegeben, und die politische Aktivität der Arbeiterklasse in den Räten und Gewerkschaften beschränkte sich darauf vorgegebenen Be-*

schlüssen zuzustimmen, anstatt selber die Entscheidungen zu treffen.“

Als die Arbeiter dazu übergingen, aus Protest bei den Sowjetwahlen für parteilose Kandidaten zu stimmen (weil alle anderen Parteien entweder verboten waren oder nicht das Vertrauen der Arbeiter hatten), änderte die RKP (die 1921 in keiner einzigen Moskauer Fabrik eine Mehrheit gewinnen konnte) das Wahlrecht. Die Wahlen wurden von nun an nur noch jährlich, statt wie bisher vierteljährlich abgehalten. Niemand sprach nunmehr vom Prinzip der jederzeitigen Abwählbarkeit. Kandidaten die nicht der Partei angehörten, konnten nur mit Zustimmung der RKP Mitglied in Leitungsausschüssen werden. Die meisten dieser parteilosen Kandidaten waren bereit mit der RKP zusammenzuarbeiten, (viele waren ehemalige Bolschewiki) um mitzuhelfen die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Aus diesem Grund nahmen sie die Diktatur der Partei zunehmend hin. Gleichzeitig gelang es der RKP viele dieser parteilosen Kommunisten aufzusaugen, da die meisten von ihnen zu dieser Zeit überzeugt waren, dass nur „die Partei“ einen Weg nach vorn aufzeigen könnte. Lenin gehörte zu jenen, die argumentierten, dass die Arbeiterklasse in Russland ein „*zusammengewürfelter Haufen gleichgültiger Elemente*“ sei, was ihm den Tadel des Anführers der Arbeiteropposition, Schliapnikow eintrug, der dem entgegenhielt, dass „*wir niemals eine andere oder bessere Arbeiterklasse haben werden, und uns mit dem begnügen müssen was wir haben.*“ Auf einer offenen Sitzung der Betriebszelle der RKP(B) machte ein ehemaliger linker Sozialrevolutionär, Beliakow, eine weitsichtige Bemerkung:

„Jeden Tag entfernen wir uns weiter von unseren im Oktober erkämpften Errungenschaften. In Russland gibt es keinen Kommunismus. Die Kommunisten sind nicht einmal an der Macht. Sie unterschrieben die Dekrete, die allerdings von Nicht-Kommunisten verfasst wurden. Diese Dekrete richten sich gegen die Arbeiterklasse.“

Dies war kurioserweise die Vorwegnahme dessen, was Lenin auf dem 11. Parteikongress 1922 feststellte: „*Es mangelt der Schicht von Kommunisten, die leitende Funktionen in der Verwaltung ausüben an Kultur. Man nehme doch Moskau – die 4700 verantwortlichen Kommunisten – und dazu dieses bürokratische Ungestüm, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? Ich bezweifle sehr, ob man sagen könnte, dass die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet.*“³

Pirani führt dieses Zitat nicht an, was ein wenig ärgerlich ist, da es zeigt, dass das Problem nahezu von allen gesehen wurde. Aber er hat recht wenn er sagt, dass das Wetter der Kommunisten gegen den Bürokratismus verlorene Zeit und aussichtslos war, da das eigentliche Problem darin bestand, dass die Partei nicht mehr Avantgarde des Proletariats sondern zum Rückrat des Staates geworden war. Hier tut sich auch eine Lücke in Piranis Darstellung auf. In seiner Einleitung schreibt er, dass der Rückzug „*innerhalb einiger Monate*“ nach der Oktoberrevolution einsetzte, während seine Darstellung je-

doch erst Ende des Jahres 1920 beginnt. So hat man beim Lesen unweigerlich den Eindruck, dass bei der Darstellung etwas fehlt – der fatale Fehler der Bolschewiki Staat und Partei nicht auseinander gehalten zu haben, die negativen Auswirkungen des Bürgerkrieges auf die proletarische Politik und der Umstand, dass die Bolschewiki ein verhungertes Land übernommen hatten, indem zwischen 1918-1921 acht Millionen Menschen ihr Leben verloren. Diese materiellen Faktoren werden von Pirani zwar zur Kenntnis genommen, aber zu seinem eigenen Nachteil weitgehend vernachlässigt. Stattdessen zeichnet er den langsamen aber stetigen Prozess des Niedergangs ab 1921 nach. Die Arbeiter wählten weiterhin auch Nicht-Bolschewiken in die Fabrikkomitees und nach Ansicht Piranis ist es in Bezug auf die Periode 1922-1923 „schwer zu sagen, dass „eine bürokratische herrschende Clique Gestalt angenommen“ hätte. Dennoch war dieser Prozess war nicht zu stoppen. Um 1923 verdienten Fabrikdirektoren das 40-50fache dessen was ein Arbeiter verdiente. Bei anderen Bürokraten sah es nicht viel anders aus. Oppositionelle wurden aus der RKP/B ausgeschlossen und das Unvermögen der verschiedenen linkskommunistischen Gruppen, ob nun die „Demokratischen Zentralisten“ die „Arbeiteropposition“ oder die weitaus radikaleren Tendenzen wie die „Gruppe Arbeiterwahrheit“ oder die „Arbeitergruppe“ nennenswerten Einfluss zu gewinnen, war ein weiterer Indikator für die zunehmende Passivität der Arbeiterklasse. Zwar gab es ein gewisses Ansteigen der Löhne, gleichzeitig griff die Bürokratie jedoch immer mehr um sich.

Dazu Pirani: „...die andere Seite der Medaille war der fortschreitende Nichtbeteiligung der Arbeiter an Entscheidungsprozessen. Während die Arbeiter 1921 noch mit guten Gewissen parteilose Arbeiter in die Sowjets wählten, bleiben sie 1923 den Wahlen einfach fern.“ Der Endpunkt für die Partei war letztendlich die Abrechnung mit ihren eigenen Dissidenten der Linken Opposition (die eine disparate Koalition von Anhängern Trotzki und linken Kommunisten wie den Demokratischen Zentralisten“ darstellte). Pirani weist seine Leser wohlweislich auf die Arbeiten von Graeme Gill über die sozialen Ursprünge von Stalins Diktatur hin, und komplettiert damit seine Darstellung des Degenerationsprozesses

der Revolution. Damit erweist er uns einen großen Dienst. Unsere Tendenz hat seit ihrer Gründung 1943 immer wieder betont, dass die revolutionäre Partei ein politischer Bezugs- und Orientierungspunkt der proletarischen Revolution sein muss, aber dass sie niemals Staat sein (bzw. zum Staat werden darf) und den Sozialismus auch nicht alleine aufbauen kann. Letzteres ist die Aufgabe der Klasse als ganzes, indem sie ihre eigenen Klassenorgane (wie z.B. Räte) hervorbringt und kontrolliert. Piranis Untersuchung bestätigt nicht nur diesen Bezugsrahmen, sondern zeigt eindrücklich auf, dass das Proletariat in der Lage ist seine eigenen Instrumente der Befreiung hervorzubringen. Er stellt die Frage, ob die Dinge auch anders hätten ausgehen können, und kommt richtigerweise zu dem Schluss, dass angesichts der materiellen Umstände (einschließlich der Niederlagen der Arbeiterrevolutionen außerhalb Russlands) die Dinge sich kaum anders hätten entwickeln können. Gleichwohl hätte Pirani zufolge 1921 eine offenere Haltung der Kommunisten zur Arbeiterdemokratie ein leichteres Erbe hinterlassen als der Monolithismus eines angeblichen „Arbeiterstaates“. Pirani beendet seine Untersuchung mit einem ermahnenden Zitat von Victor Serge aus dem Jahre 1920: *„Die unerbittliche Logik der Geschichte hat anscheinend bisher nur sehr wenig Spielraum für den libertären Geist in den Revolutionen eröffnet. Das liegt daran, dass die Freiheit des Menschen die das Produkt von Kultur und Entwicklung des Bewusstseins ist, nicht mit Gewalt erreicht werden kann. Und dennoch ist die Revolution – auch mit Waffengewalt notwendig, um eine Entwicklung zu einer freien Assoziation freier Produzenten, zur Anarchie zu eröffnen. Daher ist es umso wichtiger in allen diesen Kämpfen den libertären Geist am Leben zu halten.“* Revolutionäre können dem nur zustimmen. Piranis Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der vielfältigen Gefahren, die wir beim Kampf für eine freie Gesellschaft überwinden müssen. (Jock)

1. Pirani, Simon: The Russian Revolution in Retreat, 1920-24 Soviet Workers and the New Communist Elite, Oxford/New York, 2009. (ca. 25 Euro).
2. CWO: 1917 – Party, Class and Soviets in the October Revolution.
3. Lenin Werke, Bd. 33, Seite 275, Berlin 1985

Politisches Selbstverständnis der Gruppe Internationaler SozialistInnen

„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei! Wir stehen vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist das Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder-Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluss des klassenbewussten Proletariats.“

Rosa Luxemburg 1915

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts haben diese Worte Rosa Luxemburgs nicht an Aktualität verloren. Nach wie vor ist der Kapitalismus unfähig der übergroßen Mehrheit der Menschheit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Während Banken und Konzerne Rekordgewinne einfahren, werden immer mehr Leute auf die Straße gesetzt und die Angriffe auf die Lohnabhängigen zum Wohle des nationalen Wirtschaftsstandortes forciert. Während Wissenschaft und Technik sich stetig entwickeln, sterben tagtäglich Tausende an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten, werden die ökologischen Ressourcen dieses Planeten immer weiter vernichtet, werden die Ausgebeuteten und Unterdrückten mit dem Gift des Nationalismus in immer wahnwitzigere Kriege gehetzt, in denen sie nichts zu gewinnen aber alles zu verlieren haben. Während uns die Apologeten dieses Systems das hohe Lied der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorkrächzen, wird der Überwachungsstaat immer weiter perfektioniert, das rassistische Projekt der Festung Europa vorangetrieben. Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen werden abgeschoben, rassistische Ideen und faschistische Parteien gewinnen an Akzeptanz. Angesichts des alltäglichen Wahnsinns des Kapitalismus ist die Entwicklung von Widerstand und „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, dass diese Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebenso wenig vor den vorhandenen Mächten“ (Karl Marx) heute notwendiger denn je.

Zugegeben, die Bilanz des letzten Jahrhunderts ist für denjenigen Teil der Linken der grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, nicht gerade positiv. Seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes hat die revolutionäre Linke wenig Erfolge aber viele Niederlagen zu verzeichnen und ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. An der stalinistischen Degeneration der Oktoberrevolution, der Niederlage der revolutionären Bewegung der 20er Jahre und der fast vollständigen Vernichtung einer ganzen Generation revolutionärer KommunistInnen durch den Stalinismus krankt sie noch heute.

Gleichzeitig ist es dem Stalinismus und der Sozialdemokratie im letzten Jahrhundert vortrefflich gelungen die Idee des Sozialismus als emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus westlicher wie östlicher Prägung grundlegend zu diskreditieren. Um diese Bilanz in der Zukunft umzudrehen gilt es, anknüpfend an den Erfahrungen und theoretischen Errungenschaften des Bundes der Kommunisten, der Ersten, Zweiten und Dritten Internationale und den antistalinistischen revolutionären Strömungen der 20er und 30er Jahre die Ideen des revolutionären Marxismus in den sozialen Bewegungen und Kämpfen wiederzubeleben. Die Gruppe Internationaler SozialistInnen will hierzu einen Beitrag leisten.

Programmatischer Ausgangspunkt unserer Aktivität ist die Feststellung dass,

- **„auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen ist“** (Rosa Luxemburg), der Kapitalismus folglich weder abgewählt noch menschenwürdig verwaltet werden kann;
- der Kapitalismus als weltumfassendes System nur international bekämpft und überwunden werden kann;
- es im Zeitalter des imperialistischen Krieges keine richtige Seite geben kann und es weder Vaterländer noch Staaten sondern einzig die Klasseninteressen des internationalen Proletariats zu verteidigen gilt;
- jedes Zugeständnis an den Nationalismus zum Schluß mit der eigenen Herrschenden Klasse führt und konsequenter Internationalismus kein moralisches Gebot sondern eine grundlegende Ausgangsbedingung emanzipatorischer Politik ist;
- Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie der Spaltung der Lohnabhängigen dienen und von revolutionären MarxistInnen entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden müssen;
- der Aufbau einer integrierten revolutionären Bewegung eine bewusste Minderheitenpolitik mit den unterdrücktesten Sektoren der Klasse voraussetzt;
- die sog. „realsozialistischen Länder in keinster Weise „antikapitalistisch“, „progressiv“ oder „fortschrittlich“ waren, sondern besonders brutale Formen des Staatskapitalismus darstellten;
- der Sozialismus in seinem Ziel und auf seinem ganzen Wege ein Kampf für die Verwirklichung der Freiheit ist und von daher die bewusste Überwindung aller Fetische der bürgerlichen Gesellschaft namentlich des Staates, der Familie, der Ware, des Geldes, des Marktes, des Tausches und der Lohnarbeit im Weltmaßstab voraussetzt;
- die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann und eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückte niemals durch auch noch so wohlmeinende Minoritäten und Eliten, sondern nur durch die Selbstorganisation und Selbstemanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten erreicht werden kann.
- sich revolutionäre Politik daran messen lassen muss, jeden noch so kleinen Schritt in diese Richtung zu unterstützen.

Gruppe Internationaler SozialistInnen

Kirgisien im Zentrum der Rivalitäten von Russland und den USA

Ein paar Stunden vor der Farce der Unterzeichnung des „nuklearen Abrüstungsabkommen“ zwischen Medwedew und Obama brachen in Kirgisien heftige Proteste gegen die pro-amerikanische Regierung von Bakijew aus. In den Strassen der Hauptstadt Bishkek wurden fast hundert Menschen getötet und Tausende verletzt. Die Regierung stürzte und wurde sofort durch eine neue "Regierung des Volksvertrauens" in der Person von Roza Otumbayeva, einer ehemaligen Ministerin der alten Regierung, ersetzt.

In ihrer Verzweiflung nicht nur über die chronische Armut und Arbeitslosigkeit sondern auch über den dramatischen Anstieg der Energiepreise eroberte eine bewaffnete proletarische Masse die Strassen. In anbetracht des Fehlens einer proletarischen Führung, welche die Wut gegen das kapitalistische System, die Wurzel von Armut und Unterdrückung, hätte richten können, erschöpfte sich die Revolte in der Auswechslung einiger Gesichter in der Regierung und kam so zum Stillstand. In Situationen wie diesen ist es für eine systemimmanente Opposition einfach, die Wut der Massen für ihre eigenen Ziele auszuschlachten, und sich selbst als neue Führung die die Geschicke des Landes ernsthafter und demokratischer lenken werde zu präsentieren.

Aber das ist nur ein oberflächlicher interner Aspekt der Vorgänge in der ärmsten und am wenigsten mit natürlichen Rohstoffen versehenen ehemaligen Sowjetrepublik.

Es gibt viele andere Interessen, die Druck auf die neu installierte Otumbayeva Regierung ausüben. Die alte Regierung um Bakijew kam in der sog Tulpen-Revolution 2005 an die Macht. Sie war ein Geschöpf Washingtons gegen den russischen und chinesischen Einfluss in der Region. Washington hoffte Kirgisien in den Ring von Staaten einzubeziehen, der es den USA erlaubt Militärbasen einzurichten um so ihre Energiepolitik in Zentralasien, von Kasachstan bis Pakistan, vom Kaspischen Meer bis zum Indischen Ozean logistisch zu unterstützen. Der rivalisierende russische Imperialismus reagierte darauf auf seine Weise. Seit 2001 ließ er in seinem früheren Territorium die Muskeln spielen. So führte er zum ersten Mal in der Geschichte beider Länder ein militärisches Manöver mit China durch, an dem sich auch andere ehemalige Sowjetrepubliken beteiligten, um so sein Einflussgebiet deutlich zu markieren. Gleichzeitig wurde unter russischer und chinesischer Führung die „Shanghai Cooperation Organisation“ gegründet (zu der auch Kirgisien gehört). 2005 übte Russland Druck auf die Regierung in Usbekistan aus, die US-Militärbasis in Karsi Khanabad zu schließen. In Kirgisien unterhalten sowohl Russland (in Kant) als auch die USA (in Manas) Militärlagerstätten. Für die Amerikaner ist dieser Stützpunkt aufgrund seiner Nähe zu Afghanistan von besonderer strategischer Wichtigkeit. (...) Eine

Woche vor der Revolte wurde Otumbayeva in Moskau von Putin zu Gesprächen empfangen. Putin hatte in den vergangenen Jahren alles getan um den früheren Präsidenten auf seine Seite zu ziehen und ihm sogar 2 Milliarden angeboten, um dem amerikanischen Militärstützpunkt das Leben schwer zu machen. Bakijew war gewitzt genug um dieses Spiel mitzuspielen. Er ließ das Parlament ein Gesetz beschließen, welches die Existenz des US-Stützpunktes faktisch beendete, handelte dann jedoch einen Nutzungsvertrag aus, der statt bisher 63 Millionen 170 Millionen Dollar vorsah. Die spätere Regierungschefin fuhr zu Gesprächen nach Moskau, um mit Medwedew über die Zukunft Kirgisiens sowohl in wirtschaftlicher (Milliarden Dollar sind schon zur Unterstützung des Bruderlandes geflossen), als auch militärischer Hinsicht (150 Fallschirmjäger haben die Basis in Kant verstärkt) zu verhandeln. Zudem ist Russland bisher das einzige Land, welches die Otumbayeva-Regierung anerkannt hat, die wiederum versprochen hat, die Nutzungsbedingungen der Militärbasis in Manas mit den USA neu zu verhandeln. Seit 2001 ist sie der Stützpunkt des „376th Air Transport Corps“, einer Einheit von 1000 Soldaten, die die letzte amerikanische Militärpräsenz in der gesamten Region darstellt. In den von ihm beanspruchten Jagdgründen kennt der russische Imperialismus keine Skrupel. Vor zwei Jahren hat er sich nicht gescheut im Südossetienkonflikt gegen die georgische Regierung Gewalt einzusetzen. Damals wie heute geht es in diesem Spiel um die Kontrolle der Energieressourcen Zentralasiens und der Transportwege von Öl und Erdgas sowie die geopolitische Vorherrschaft Russlands und Chinas in der Region. Die Ironie bei der Sache ist, dass gerade während der Prager Konferenz auf der das „historische Abkommen“ zur Nuklearabrüstung mit der emphatischen Erklärung unterzeichnet wurde, dass der Kalte Krieg vorbei und die Welt ein nun ein sicherer Ort sei, Obama und Medwedew in der Kirgisienfrage die Dolche zückten. Der Kalte Krieg ist sicherlich vorbei. Die 40jährige Epoche indirekter imperialistischer Konfrontation auf dem Rücken der weltweiten Arbeiterklasse ist an ein Ende gekommen. Aber die Ursachen die zu neuen Kriegen führen, die nationalen Spannungen, Bürgerkriege etc. sind noch lange nicht verschwunden. Die gegenwärtige Krise wird den Prozess der Neubildung internationaler imperialistischer Allianzen bestimmen und verschärfen. Es ist ein schwarzer Krieg um Gas und Öl für den Kirgisistan genauso den Preis zahlen wird wie der Irak, Afghanistan sowie alle anderen Länder die das Pech haben in der Nähe strategisch wichtiger Energiequellen zu liegen. Wieder einmal wird das Weltproletariat dafür bluten müssen, während die Kapitalisten zur Sicherung ihrer Profite wie immer auf das Mittel des Krieges setzen um ihr eignes Überleben zu sichern. (F.D.)